

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



S. 3 EU Osterweite-
rung läuft nicht
nach Plan

S. 8 Zimbabwe:
Der Kampf
um Land

S. 12 Was haben Sie
eigentlich
gegen die
EXPO 2000?

S. 17 Schwierige
Tarifsituation
im öffent-
lichen
Dienst



S. 18
Besuch in
Diyarbakir



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto, Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.:

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

AKTUELL IN BERLIN

TEURES SPAREN. Nach Berechnungen des Bundesversicherungsamtes droht der Pflegeversicherung 2000 ein Verlust von über 1 Mrd. DM. Hauptursache ist die Kürzung der Beiträge für Arbeitslose an die Pflegekassen (- 400 Mio. DM). Aufgrund der Lohnentwicklung steigen die Beitragseinnahmen nicht wie veranschlagt. Neue Löcher werden die im Mai in Kraft tretenden Richtlinien zur häuslichen Krankenpflege reißen, weil sie ambulant erbrachte Leistungen zum einen drastisch kürzen, zum anderen aber zur erheblich teureren stationären Pflege verschieben. Die Richtlinien legen fest, welche Leistungen die Kassen als häusliche Krankenpflege zahlen und welche Ansprüche die Versicherten haben. So sollen etwa intravenöse Injektionen nur noch vom Arzt verabreicht werden dürfen, die Kassen bezahlen die Verabreichung von Arzneien und das Anlegen von Kompressionsstrümpfen nur noch, wenn Patienten dies nicht selbst übernehmen können. Ärzte dürfen nur noch sieben Blutdruckmessungen verschreiben, der Blutzuckerspiegel darf nur noch vier Wochen lang regelmäßig bestimmt werden ... V.a. Schmerz-, Asthma- und Aids-Patienten, werden die notwendigen Leistungen zukünftig nicht mehr erhalten, es sei denn, sie können sie selbst zahlen. Das BVA hat die Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrags, derzeit 1,7%, ins Gespräch gebracht. Beabsichtigte Verbesserungen der Pflegeversicherung für demenzkranke alte Menschen drohen dem teuren Sparkurs der Regierung zum Opfer zu fallen.

KERN. Ausgerechnet der Grüne Fischer macht sich zum Vorreiter des ursprünglich in der politischen Rechten beheimateten Kerneuropa-Konzepts, das Deutschland eine führende Rolle in der EU zuschreibt. Auf Bitten der portugiesischen Ratspräsidentschaft wird er Vorschläge zur Umsetzung darlegen, heißt es vom informellen Treffen der EU-Außenminister. Die Außenminister waren sich einig, dass die angestrebten institutionellen Reformen - insbesondere die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen - nicht ausreichen. Die skandinavischen Länder und Großbritannien äußern Widerspruch gegen das deutsch-französische Europa der „verschiedenen Geschwindigkeiten“. Die *Süddeutsche Zeitung* kommentiert: „Das Ringen in der Union um die Bildung eines Gravitationszentrums ... hat damit begonnen.“ Fischer wird seine Vorstellungen noch in dieser Woche darlegen. - Dazu passt in gewisser Weise die folgende Meldung:

GRÜNDEUTSCHE PROFILIERUNG.

Nachdem der außenpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion Sterzing Frankreich und Belgien wegen angeblicher „Überreaktion“ auf die schwarzblaue Regierung in Österreich kritisierte, aber „keinen Bedarf“ sah, die EU-Sanktionen aufzuheben, macht sich die mi-

litärpolitische Sprecherin Beer für die Aufhebung der Sanktionen stark. Immerhin widersprach die menschenrechtspolitische Sprecherin Roth.

GESETZESKLAUSEL STREICHEN.

Magere 2,9 Mrd. DM hat die deutsche Wirtschaft zur Entschädigung der ehemaligen NS-Opfer bisher aufgebracht. Schon wird das Scheitern des Komromisses ins Gespräch gebracht. Am 2. 6., beim Besuch des US-Präsidenten Clinton, soll der Rechtsschutz deutscher Firmen gegen weitere Entschädigungsansprüche besiegt werden. Die PDS-Abgeordnete Jelpke sieht in der Rechtsschutz-Klausel im derzeitigen Gesetzentwurf eine Ursache für die mangelnde Zahlungsbereitschaft der deutschen Wirtschaft; denn gegen Klagen sollen alle Firmen geschützt sein, gleich ob sie in den Stiftungsfonds eingezahlt haben oder nicht. Sie ermuntert damit geradewegs dazu, nichts einzuzahlen. Bei den Beratungen im Innenausschuss des Bundestages in dieser Woche will die PDS für die Streichung dieser Klausel eintreten.

GITTER STATT NETZ. Derzeit erweitern die Bundesländer die Gefängnisse um 10.000 Haftplätze, das sind bundesweit ca. 15%. Kosten: 2,5 Mrd. In den ostdeutschen Ländern werden sie um bis zu 50% erweitert, in Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz um bis zu 25%, in Bayern um 1.000. Damit reagieren die Länder auf die rasant steigende Zahl von Gefangenen, die die bestehenden Gefängnisse überbersten lässt. Tatsache ist jedoch, dass die steigende Zahl von Gefangenen nicht auf eine Zunahme von Kriminalität, sondern ausschließlich auf die Verschärfung der Haftstrafen, d.h. die Verhängung von mehr und längeren Haftstrafen, sowie auf die Tatsache zurückgeht, dass immer mehr Menschen Strafbefehle nicht zahlen können und deshalb eine Haftstrafe antreten müssen.

RECHTSEXTREMISTISCHE STRAFTÄTEN.

Auf Anfrage der PDS teilte die Bundesregierung für das 1. Quartal folgende Zahlen mit: Die Polizei registrierte 140 antisemitische Straftaten, darunter 5 Fälle von Körperverletzung, 3 Störungen der Totenruhe, 11 Sachbeschädigungen und 121 sonstige, zumeist Propagandakläfte. 48 Delikte ereigneten sich in den CDU-regierten Ländern Ba-Wü, Bayern und Hessen, 44 im SPD- bzw. rot-grün-regierten Niedersachsen bzw. NRW. Von 93 Tatverdächtigen wurden gerade 5 Personen inhaftiert. An anderen rechtsextremistischen Straftaten erfasste die Polizei im Quartal 428, allein im März 156, ein Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat um 25%. Unter den Straftaten waren 6 Brandanschläge und 65 Angriffe gegen Personen. Obwohl 76 Personen erheblich verletzt wurden, erging nur in 8 Fällen Haftbefehl.

Rückbesinnung auf Slawenkreuzzug soll neuen Schwung bringen

Von Zeit zu Zeit müssen die EU-Beitrittskandidaten aus Osteuropa zum Rapport antreten und berichten, ob sie die Vorgaben der EU auch getreu erfüllen. Ein solches Rapport fand Ende April im polnischen Gniezno statt. Angetreten waren die Regierungschefs aus Ungarn, der Slowakei, Tschechien und Polen. Empfänger ihrer Botschaften und Bitschriften war der Bundeskanzler aus der BRD. Dieser und ein ganzer Tross von Bankern und Wirtschaftsfachleuten haben die offizielle Aufgabe, den Entwicklungsstand der Beitrittskandidaten zu prüfen, sie zu tadeln und zurechzuweisen, wenn es den Herren noch nicht genehm ist mit der „Anpassungsleistung“ an die EU-Verhältnisse.

Polen hat sich hier vor allem den Unmut der deutschen Ostritter zugezogen, und deshalb gab es auch ein Sondertreffen Schröders mit dem polnischen Ministerpräsidenten. Mit Polen fand kürzlich erst eine Verhandlungsrunde mit EU-Vertretern statt, die mit einem Eklat endete. Polen weigert sich bis jetzt noch beharrlich, den Anteil der bäuerlichen Wirtschaft zurückzuschrauben, und missachtet damit eine Auflage der EU. Die Vertreter aus Brüssel haben festgestellt, dass die polnischen Landwirtschaft nicht in das EU-Gefüge passt. Es gibt zu viele Bauern, und deren ökonomische Leistung sei nicht dem Niveau der hochindustrialisierten EU-Landwirtschaftsfirmen angepasst. Unverschämterweise fordern die polnischen Bauern doch tatsächlich eine Sicherung ihrer Existenzbedingun-

gen. Dazu gehören besonders günstige Ausfuhrbestimmungen für ihre Produkte und Schutzzölle für den Import aus den EU-Ländern. Ein weiteres Problem ist der befürchtete Ausverkauf von Grund und Boden. Hier fordert die EU,

ja bekannt, dass deutsche Grundstücksmakler über verdeckte Käufer sich Grundstücke in Polen widerrechtlich aneignen.

Die Haltung der polnischen Regierung und der gesellschaftlichen Organisa-

nen, vor allem der Bauern, hat zu harschen Gegenreaktionen geführt. Der Deutsche Industrie und Handelstag (DIHT) schreibt in einem Gutachten, dass Polen noch längst nicht die Kriterien der EU erfüllt, und fordert, dass der angepeilte Beitrittstermin weit hinausgeschoben werden muss. Bundeskanzler Schröder, der sich gerne in der Rolle des Anwalts der ost-europäischen Länder sieht, hat Polen unmissverständlich klargemacht, dass es auf den guten Willen der polnischen Gesellschaft ankommt, wenn sie in die europäischen Gemeinschaft aufgenommen werden will.

Das heißt, gefordert wird, noch mehr alle sozialen und gesellschaftlichen Schranken zu schleifen. Dabei ist die

bisherige Umsetzung der Programme der EU und Weltbank in ihren Auswirkungen schon verheerend genug für die polnische Gesellschaft.

Wie aus einer soeben veröffentlichten Prognose des Landesarbeitsamtes hervorgeht, wird die Arbeitslosenzahl in den



1. Mai in Polen: Symbolisch wird der Bergbau beerdigt

dass bis zum angepeilten Beitrittstermin 2002 der Handel von Boden „liberalisiert“ wird. Bis jetzt immerhin ist für die polnische Regierung klar, dass es dies zu dem Zeitpunkt noch nicht geben wird. Wie haltbar solche Erklärungen sind, wird sich noch erweisen. Schon jetzt ist

dem Bestreben, in Europa Sicherheit und eine Stabilität zu gewährleisten, geleitet von dem Willen, für die weitere Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen und für die Schaffung geeigneter Voraussetzungen für das Zusammenwirken der Staaten und Gesellschaften Sorge zu tragen, in dem Bemühen, zukunftsgerichtete Antworten auf die sich vollziehenden Veränderungen globalen Ausmaßes anzustreben erklären feierlich, dass wir gemeinsam in dem Bestreben handeln werden, die Erwartungen der Völker und Gesellschaften in einem vereinten Europa zu verwirklichen, uns gemeinsam für den Aufbau einer europäischen Zukunft unter Respektierung der Unterschiedlichkeit der Kulturen, der nationalen Traditionen und der regionalen Verschiedenheiten einsetzen werden,

bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung und des gesellschaftlichen Lebens in unseren Ländern uns von dem Grundsatz der Solidarität leiten lassen und eng zusammenarbeiten werden, uns solidarisch für die Lösung von internationalen Problemen, den Schutz der Menschenrechte, der Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit einsetzen sowie die Schaffung neuer Spaltungen des europäischen Kontinents verhindern werden, entschlossen den Gefahren, denen kriegerische Nationalismen, Xenophobie, Rassismus und totalitäre Ideologien zu Grunde zu Grunde liegen, entgegentreten werden. Unser gemeinsames Ziel ist es, ein Europa freier Gesellschaften zu schaffen, die in Frieden, Sicherheit und Wohlstand leben.“

Dokumentiert

Gnesener Erklärung

„Wir, die Ministerpräsidenten Polens, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns sowie der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, die wir tausend Jahre nach dem Treffen Ottos III. mit Boleslaw Chrobry am Grabe des heiligen Adalbert in Gnesen versammelt sind, in dem Bewusstsein der Verantwortung der Politiker für das Schicksal Europas an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, eingedenk der historischen Erfahrungen unserer Völker und ihrer Bestrebungen, die Wahrheit über die Vergangenheit zu vertiefen und die Zukunft des europäischen Kontinents gestützt auf die Einheit der Werte und Ziele zu bauen, überzeugt von der Unteilbarkeit Europas und in

→ kommenden Monaten von 2,5 Millionen auf fast 3 Millionen anwachsen. Jeder zweite der noch im Bergbau unter Tage Beschäftigten soll nach den „Restrukturierungsmaßnahmen“ der Weltbank in den nächsten Jahren wegrationalisiert werden, im Jahre 2000 alleine 50.000. Hinzu kommen werden etwa 200.000 Arbeiter aus dem Hüttenwesen, der Rüstungsindustrie und dem Eisenbahntransport. Nach den von der Regierung Buzek in 1999 beschlossenen Gesetzen zur „Reform“ des öffentlichen Dienstes werden in Zukunft 35.000 Angestellte des Gesundheitswesens, darunter 5000 Ärzte, entlassen. Das soziale Desaster setzt sich also fort. Auch nach Angaben der Weltbank leben 24 Prozent der polnischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Die Zahl der Obdachlosen soll bei 400.000 liegen. Jede vierte Familie kann die Wohnungsmiete nicht zahlen und wird deswegen auf die Straße gesetzt. „Wie am Anfang des Jahrhunderts werden wir beim diesjährigen Mai-Umzug wieder nach Arbeit und Brot rufen“, umschreibt der Vorsitzende der Gewerkschaft OPZZ die Entwicklung zurück in die Vergangenheit.

Wie ein Hohn auf die Geschichte mußt dann aber die Erklärung der versammelten Regierungschefs an, die in Gniezno feierlich verabschiedet wurde. Es heißt dort u.a.: „Unser gemeinsames Ziel ist es, ein Europa freier Gesellschaften zu schaffen, die in Frieden, Sicherheit und Wohlstand leben.“ Deutlicher als alle formschönen Erklärung fasste die inoffizielle Lösung der 1. Mai-Kundgebung das tatsächliche soziale Elend in der Region zusammen. Der 1. Mai in Polen wurde als der „Tag der Verzweiflung“ begangen.

Eine pikante Note hat der äußere Anlass für das Treffen des deutschen Bundeskanzlers mit den osteuropäischen Ministerpräsidenten. Es war das Gedenken an den tausendsten Jahrestag der Zusammenkunft des deutschen Kaisers Otto III. mit dem polnischen Herrscher Boleslaw Chrobry (dem Tapferen) in Gniezno. Weihevoll wird dieses Ereignis als die Anerkennung des jungen polnischen Staats und seine Aufnahme in den Kreis der europäisch-christlichen Zivilisation angesehen. Tatsächlich war dies aber nichts anderes als der Beginn der deutschen Landnahme im Osten. Und es war

der Beginn eines großen Massakers, das als der „Slawenkreuzzug“ in die Geschichte einging. Und in gewisser Weise war es auch eine vorweggenommen EU-Osterweiterung. Denn in dem Aufruf der allerchristlichsten Bischöfe, die für die Teilnahme am „Slawenkreuzzug“ trommelten, heißt es: „Diese Heiden hier sind die allerschlimmsten, aber ihr Land ist das allerbeste an Fleisch, Honig, Mehl, Geflügel und, wenn es ordentlich bestellt wird, an Fruchtbarkeit für alle wirtschaftlichen Erzeugnisse. Wohlan denn, ihr Sachsen, Franken, Lothringer, Flamen, ihr ruhmwürdigen Bezwinger der Welt, hier könnt ihr zugleich für das Heil eurer Seelen sorgen und das fruchtbare Land zur Siedlung erwerben!“

Die Grundstücke überlassen wir euch zu erblichen und freiem Recht, so dass ihr die Befugnis haben sollt, sie zu verkaufen und nach eurem Willen darüber zu verfügen.“ *

Die ehemaligen und die heutigen Ostritter wissen immer genau, warum sie ihre Feste feiern. hav

* Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens, Frankfurt, 1977 S. 60/61

Vor dem EU-Beitritt Polens

Deutsche Revanchisten-Verbände organisieren

Wie die *Süddeutsche Zeitung* berichtete, sieht der polnische Geheimdienst Anzeichen dafür, dass der „Bund der Vertriebenen“ eine Propaganda-Offensive für die „Autonomie Schlesiens“ vorbereitet. U.a. stützen sich die revanchistischen Verbände auf die „Gesellschaft der Schlesier“ in Kattowitz sowie auf Politiker der deutschen Minderheit in Oberschlesien (PB 8/2000, S. 2). Von Deutschland aus wird dies vom Bundesvorsitzenden W. Maikranz, Edenkoben, und H. Zaborowski vom Bund für Gesamtdeutschland, 40501 Düsseldorf, organisiert. Der Bund für Gesamtdeutschland arbeitet eng mit dem Bund der Vertriebenen (BdV) zusammen bzw. seine Mitglieder sind auch dessen Mitglieder.

Am 7. Januar 1999 wurden Formblätter für Unterstützerunterschriften für die „Wahl zum 1. Schlesischen Landtag“ ausgegeben. Man sei erfreut, dass sich viele „Landsleute aus dem okkupierten Schlesien“ bereit erklärt hätten, in den 59 Wahlkreisen zu kandidieren. Die Wahlbewerber sollten sich an die Geschäftsstelle des Arbeitskreises Verfassung Land Schlesien (BGD), In den Erlen 4, 67480 Edenkoben (W. Maikranz) wenden und die Unterstützerformulare an den Arbeitskreis Verfassung Land Schlesien, 028707, Postfach 300212 sen-

den. Der Bundesvorsitzende W. Maikranz kandidiert selbst im Wahlkreis 30 in Jauer in Polen.

Als Vorbereitung für diese Wahl hatte sich 1991 die Redaktionsgruppe im Arbeitskreis Verfassung Land Schlesien (mit den Mitgliedern W. Maikranz, Jauer; E. Groke, Glogau; J. Grund, Breslau; W. Koska, Liegnitz; E. Restel, Ratibor-Hammer, und C. Thoma, Ratibor) mit einem von den Professoren Dr. jur. F. Münch und Dr. jur. H.W. Bracht, Lemgo/Breslau „völkerrechtlich untermauerten“ Aufruf „An alle Schlesier und Niederschlesier“ gewandt. Es wurde zur Abstimmung über die Verfassung des Landes Schlesien aufgerufen. Am 7. und 8. Januar 1996 fand in Breslau, Liegnitz und Oppeln die Abstimmung statt. Sie ergab eine „überwältigende Zustimmung durch die Schlesier zu einem eigenen Freistaat Schlesien“. Von den 3.203 Wahlberechtigten stimmten 3.167 mit „Ja“, berichten der Organisationsleiter H. Zaborowski und Geschäftsführer W. Maikranz. „Durch die Annahme der Verfassung wurde damit auf völkerrechtlicher Basis der Grundstein für den Aufbau eines Freistaates Schlesiens innerhalb der Europäischen Union gelegt.“ „Diese Verfassung ist nach dem Völkerrecht weit höher zu bewerten als das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ...“ „Mit der Annahme der Verfassung ist auch der Grundstein für den Aufbau Schlesiens innerhalb der Europäischen Union gelegt. Bei der Aufnahme Polens in die EU müssen wir Schlesier ein Wort mitreden können. Dazu bedarf es jedoch einer Vertretung nach den Regeln des Völkerrechts. Dies kön-

nen keine Verbände leisten, weder die schlesische Landsmannschaft noch der BdV“ „Wer sich für seinen schlesischen Heimatkreis als Landtagskandidat zur Verfügung stellen möchte, ist hierzu aufgerufen. Die folgenden Wahlen zum schlesischen Parlament sollen durch eine hohe Wahlbeteiligung klarmachen, dass ein politisch selbständiges Schlesien als gleichberechtigter Partner in der Europäischen Union anzusehen sein wird.“ (Zitate aus: <http://members.aol.com/BfGD>)

Der *Deutsche Ostdienst - Informationsdienst des Bundes der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften* Nr. 11 vom 17.3.00 berichtet, dass die „vertriebenen Danziger“ ihre „Exilorgane“ – Rat der Danziger (Parlament) und Vertretung der Freie Stadt Danzig (Exekutive) – am 11.3.2000 in Hamburg sowie G. Oberste-Berghaus, Kassel, zum Präsidenten der Stadt Danzig gewählt haben. In der Grundsatzklärung zur 7. Wahlperiode fordern sie unter Punkt 3: „Der Bundesrepublik Deutschland, die in der Verpflichtung des deutschen Reiches verhaftet ist, obliegt eine Obhutspflicht gegenüber den Danziger Staatsangehörigen, die Kraft Gesetzes der Bundesrepublik Deutschland auch die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben.“ Unter Punkt 4: „Die Bundesrepublik Deutschland hat bis heute bestätigt, dass Danzig weder Gegenstand des 2+4-Vertrages noch des deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrages geworden ist, verletzt aber ihre Pflicht, sich für die völkerrechtliche Regelung zugunsten der entrichteten Danziger einzusetzen.“ FML

1. Mai 2000

Pfiffe für den Panzerkanzler

Recht unterschiedlich fielen diesmal die 1. Mai-Demonstrationen aus. Dem Eindruck etwa aus Hamburg, dass die Teilnehmerzahl stagniert und kaum Forderungen erhoben werden, widersprechen Berichte etwa aus dem süddeutschen Raum über steigende Beteiligung und z.T. deutliche Forderungen an die Bundesregierung. Generell fiel allerdings auf, dass die Auseinandersetzung mit der militarisierten deutschen Außenpolitik kaum eine Rolle spielte – mit wenigen Ausnahmen, so etwa in Hannover (Bild rechts), wo in diesem Jahr die Hauptkundgebung des DGB stattfand.

Hannover: 25.000 haben an der Hauptkundgebung des DGB teilgenommen. (1999: 20.000). Redner: Oberbürgermeister Schmalstieg, Issen (DAG), Bundes-



kanzler Schröder, Schulte (DGB).

Positiver Beifall für die Worte des OB: „Ich fordere Sie, Herr Bundeskanzler auf, sich für die Menschenrechte in der Türkei und die Freilassung von Birgal zu verwenden“.

Issen, DAG: Er sprach zum Bündnis für Arbeit: dies sei kein Selbstzweck, und mahnte eine sozial ausgewogene Politik an, und: „Herr Bundeskanzler, tragen Sie dazu bei, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gut in die Zukunft gucken können“. Er plädierte für gleiche Entlohnung im öffentlichen Dienst, an den Kanzler gerichtet: „Stoppen Sie weiteren Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst, gehen Sie mit gutem Beispiel voran.“ Ausbildungsabgabe, vorausschauende Qualifizierung, Ausbildung seine weiteren Forderungen. Die Wahlkampagne der CDU nannte er „ideologische Geisterfahrt“, „ausländerpolitische Brandstifterei.“

Schröder begann mit der Erfolgsmeldung zur Entlastung von Familien und Zahlung des Kindergeldes. Das Bündnis für Arbeit spielt eine wesentliche Rolle sowohl bei der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung als auch für das Ziel, die Arbeitslosigkeit unter 3,5 Mio. zu kriegen. Den Gewerkschaften strich er ums Maul, das Bündnis für Arbeit sei eine Erfahrung mitten aus der Gewerkschaftsbewegung. Er versprach gerechte Beteiligung an den Werten, die Menschen mit ihren Händen und Köpfen erarbeitet haben, und machte

deutlich, dass der Abbau des Schuldenbergs des Bundeshaushalts absolute Priorität hat und eingesparte Zinszahlungen in Forschung und Entwicklung, Arbeitsplätze und Infrastruktur investiert werden sollen. Er versprach Ausbildung, bis die Jugendarbeitslosigkeit beendet ist, und dass sowohl die Qualifizierung als die Beibehaltung deutscher Mitbestimmung im Rahmen von Zusammenschlüssen von Großkonzernen nächste Themen im Bündnis sein werden. Er plädierte für eine Politik des sozialen Anstands auch über das Jahr 2000 hinaus und forderte von den Gewerkschaften, Deutschland für Herausforderungen fit zu machen, ohne die Menschlichkeit aufzugeben.

Schulte vom DGB begrüßte die Ausführungen zur Mitbestimmung. Ausbildung für zukunftsfähige Berufe und Möglichkeit zum lebenslangen Lernen, darüber solle in der nächsten Runde des Bündnisses für Arbeit gesprochen werden. Zur Kostenfrage von Bildung und Weiterbildung sei falsche Bescheidenheit nicht angebracht. Bildung ist Macht, für diese alte Weisheit der Arbeiterbewegung sei die Zeit gekommen, um umfassende Qualifizierungsmaßnahmen in Gang zu setzen. Er forderte die Bundesregierung auf, mit der gleichen Leidenschaft wie bei der Steuerentlastung von Unternehmen zu diskutieren, wie 2 Millionen Überstunden im Jahr abgebaut werden können. Er sprach sich gegen weitere Flexibilisierung aus, die Forderung nach Streichung der Arbeitslosenhilfe „sei der Gipfel der Dreistigkeit“. Diese Bundesregierung wäre gut beraten, diesen Plänen ein „Nicht mit uns!“ entgegenzusetzen. Sparen auf Kosten der öffentlichen Investitionen, der Arbeitslosen und Rentner widerspreche dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit. Er forderte gutes Geld für gute Arbeit, gleichwertigen Lohn für gleichwertige Arbeit in den alten und neuen Bundesländern für die Lohnrunde im öffentlichen Dienst. Ein Lohndiktat könne nicht akzeptiert werden, die öffentlichen Arbeitgeber seien gut beraten, für einen guten Abschluss zu sorgen. Er bezeichnete es als bedenklich, dass die Bundesregierung in der Frage der Erbschaftssteuer und ei-



In Augsburg fand sich auch dieses Jahr ein Bündnis für einen Kämpferischen 1. Mai zusammen, das auf der Demonstration ca. die Hälfte der 1.000 Teilnehmer stellte



Stuttgart: 3.000 nahmen an der Demonstration teil

ner gerechteren Steuerpolitik zögerlich handelt, und mahnte, Sparen nicht zum ziellosen Selbstzweck werden zu lassen.

Der Beifall für alle Redner hielt sich in Grenzen, der Protest war nicht zu überhören. Dies störte den Kanzler, der sich dreimal an die „Schreihälse“ und „Pfeifenköpfe“ wandte, von denen er sich den Erfolg nicht kaputt machen lasse, mit denen man das Land nicht fit machen könne.

Während des Beitrags von Schröder wurde sichtbar vor seinen Augen ein großes Transparent entrollt mit der Aufschrift „Panzerkanzler. Stopp Rüstungsexporte.“ Weitere Proteste gegen Regierungs- und Gewerkschaftspolitik kamen in den Transparenten „Zug der Millionen. Arbeitslose nicht wehrlos“, „Raus aus dem Bündnis. Alle gemeinsam gegen das Kapital“, „Mitmachen, selber machen, Kapitalismus kaputt machen“, „Kapitalulieren können wir auch ohne DGB“, „Soziale Gerechtigkeit statt Schröder“, „Die neue Mitte von Kriegskanzler Schröder: Die neue Weltordnung herbeibomben. Die Profite des Kapitals sichern“, „Freiheit für Öcalan, Frieden in Kurdistan“ zum Ausdruck. Die roten Karten, die von etlichen Teilnehmern, vor allem bei der Rede von Schröder, gezeigt wurden, haben sicherlich auch störend auf die als notwendig gepriesenen gemeinsamen Anstrengungen gewirkt.

bee

Börsenfusion

Senkung der Kapitalkosten angepeilt

In einem zweiten Anlauf nach 1998 scheint die Fusion der seit längerem unter dem Titel Deutsche Börse AG firmierenden Frankfurter Börse mit der Londoner Börse (LSE = London Stock Exchange) zustande zu kommen. Sitz der neuen europäischen Gesellschaft iX (International Exchange) soll London sein, der bisherige Vorstandsvorsitzende Seifert der Deutsche Börse AG, ein gebürtiger Schweizer, wird Chef. Geplant ist, den Handel in Standardwerten in London durchzuführen, die Kurse sollen parallel in Euro und Pfund angezeigt werden. In Frankfurt sollen gemeinsam mit der US-Technologiebörsen Nasdaq sogenannte „Wachstumswerte“, also vor allem Aktien aus dem Bereich Technologie und Medien, gehandelt werden. Das elektronische Handelssystem Xetra der Deutsche Börse Systems soll auch in London eingesetzt werden, was vor allem dort zu Arbeitsplatzabbau und den von Seifert prognostizierten 140 Mio. DM Einsparungen jährlich ab 2002 führen soll.

Wenn die japanische Tochterfirma von Nasdaq einbezogen wird, rückt ein weltweit vernetzter 24-Stunden-Handel in greifbare Nähe, wie ihn vor immerhin 15 Jahren ein FAZ-Kommentator so be-

schrieben hat: „In London dagegen können es sich die großen Finanzhäuser nicht mehr leisten, ihre Topmanager nach Hause gehen zu lassen, wenn die Wall Street erwacht. In der City tobt ein harter Kampf um die Verwaltungsmmandate für Milliardendepots ... Das Management der großen Anlagefonds muss einen Service rund um die Uhr bieten, der Sonne folgend von London nach New York, weiter nach San Francisco über Tokio nach Singapur wieder zurück nach Europa ... Am liebsten würden es die Effektenmanager sehen, wenn es ein Art ‚Weltbörse‘ mit einheitlichen Konditionen rund um die Uhr gäbe.“ (FAZ, 26.1.1985) Damit hatte die FAZ die Haupttriebkräfte der Fusion der Börsen (= Großmärkte für Kapital) beschrieben: Die institutionellen Anleger wollen die Kosten der vielen unterschiedlichen Börsen- und Abwicklungssysteme einsparen, die Kosten der Kapitalzirkulation sollen gesenkt werden. In den letzten Jahren hatten die großen Investmentbanken einschließlich der Deutschen Bank, die mit Breuer den Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Börse AG stellt, sogar alternative Handelssysteme, z.B. das System Trade-point, als Konkurrenz aufgebaut, um Druck in Richtung Zusammenschluss der Börsensysteme zu machen.

Die Abwicklungsgesellschaften Clearstream (Deutschland/Luxemburg) und Crest (Großbritannien) bleiben außen vor, so dass weiterhin unterschiedliche nationale Abwicklungssysteme vorhanden sind. Dies ist auch der Hauptkritikpunkt der *Financial Times Deutschland* in einem Kommentar am 4. Mai. Kritisiert wird, dass eine Vernetzung der europäischen Börsen auch im Interesse der Kleinanleger ausgereicht hätte, wenn Schritte hin auf eine gemeinsame Abwicklung gegangen wären. Zudem sei jetzt Europas wichtigstes Finanzzentrum sozusagen „offshore“, soll heißen, außerhalb der Eurozone.

Die seit jüngstem in der Organisation Euronext zusammengeschlossenen Börsen Paris, Amsterdam und Brüssel zeigten eine gelassene Reaktion. In Europa sei wie in Amerika Platz für verschiedene Börsen, zudem sei bereits eine nationale Fusion schwierig. „Je mehr Länder jedoch beteiligt sind, desto größer wird das Chaos. Unterschiedliche Technologien sind zu harmonisieren. Unterschiedliche Kulturen prallen zusammen und unterschiedliche Vorschriften müssen vereinheitlicht werden“, so der Sprecher der Amsterdamer Börse. Nach dem Scheitern der Fusion Deutsche und Dresdner Bank eine nicht abwegige Meinung.

In der laufenden Auseinandersetzung um die Verlängerung der nationalen Börsenhandelszeiten in Deutschland bis in die Nacht hinein entfällt jedenfalls ein wichtiges Argument der Arbeitgeberseite: die Konkurrenz mit London und mit den außerbörslichen Systemen. Und die Beschäftigten der Deutsche Börse Sy-

stems, früher bekannt als Börsendatenzentrale, haben auch bereits Vorschläge für eine internationale Arbeitsteilung gemacht. Im Rahmen der Kooperation mit der Chicagoer Terminbörsen CBOT soll ab einer bestimmten Uhrzeit der technische Leitstand von Frankfurt nach Chicago umgeschaltet werden, damit die Beschäftigten in Frankfurt Feierabend und Nachtruhe genießen können. *gst*

Müder NRW-Wahlkampf

Rechtsverschiebung in den Themen

Es ist ein müder Wahlkampf in NRW – vergleichbar mit den Europawahlen. Trotzdem bleibt der Ausgang der Wahlen in vieler Hinsicht spannend. Zu viele Unwägbarkeiten gibt es, und auffällig ist, dass die CDU mit ihrer Kampagne „Kinder statt Inder“ die Diskussionen bestimmt und die FDP mit ihren Forderungen nach vier- und fünfspurigem Ausbau der Autobahnen. Zwar liegt die CDU nach den Umfragen bei 37% und die FDP bei 6% (SPD 46 und Grüne 7%), trotzdem bestimmen sie die Themen. In Hessen hatte das der CDU den Wahlsieg gebracht. Die Leiterin des Instituts für Demoskopie in Allensbach, Frau Renate Köcher, erklärte in einem Interview in der *Rheinischen Post* am 4.5.: „Die Bevölkerung steht einem Einwanderungsgesetz heute kritischer gegenüber als noch vor wenigen Jahren. Zu Zeiten der Bundesregierung Kohl gab es in der Bevölkerung eine Mehrheit für ein Einwanderungsgesetz. Da erwartete die Bevölkerung, durch ein solches Gesetz werde die Einwanderung eingegrenzt. Bei der jetzigen rot-grünen Regierung wird eher befürchtet, dass ein von ihr gestaltetes Einwanderungsgesetz den Zuzug nach Deutschland erhöhen würde.“ (1)

Es gibt allem Anschein nach eine Rechtsverschiebung in der öffentlichen Meinung, die von Kanzler Schröder ohne Widerstand der Grünen losgetreten wurde. Der SPD geht es in NRW darum, die absolute Mehrheit zu bekommen, und wenn diese schon nicht erreicht wird, die Grünen so weich zu kochen, dass sie mit ihnen alles machen können. Wir haben gut Chancen auf eine eigene Mehrheit, erklärte Müntefering (2). Zwar demonstrierte die SPD, sie habe Gespräche mit der FDP geführt, aber die gesamte NRW-Presse erklärte in Artikeln und Kommentaren übereinstimmend: Wer Clement kennt, weiß, dass man ihm so etwas zutraut. Seine Strategie zielt darauf ab, die Grünen zu demütigen und Konservative an sich zu binden.

Denn wenn Clement wieder Ministerpräsident wird, will er mehr Macht haben. Es liegt bereits ein internes SPD-Papier vor, dass die Macht der Ministerien beschränkt und das Amt des Ministerpräsidenten personell, finanziell und for-

mal erweitert werden soll. Diese Zentralisierung der Macht geht bei Clement mit einer Rechtsverschiebung programmatischer Aussagen einher. Der Duisburger Sozialforscher Michael Jäger weist darauf hin, dass Clement den Begriff der „begrenzten Ungleichheit“ in die Programmdiskussion der SPD einführt: „Das Problem ist, jetzt sind die Mächtigen so mächtig geworden und stellen so wenig Kuchen in Aussicht, dass selbst von Kompensation keine Rede mehr sein kann. Das Wenige, was übrigbleibt, ist als Gleichheitssymbol nicht mehr interpretierbar. Darauf reagiert Clement mit der Orwellschen Neusperrch-Formulierung, eine „Form von begrenzter Ungleichheit“ könnte „eine realistische Mehrheit an Gerechtigkeit schaffen“. (3)

Gegen die Rechtsverschiebung bei der SPD haben die Grünen keine Alternative. Ja, sie ziehen sogar mit. Wenn sie auf einem Wahlplakat, das eine junge Frau zeigt, mit dem Spruch werben: „Kinder und Karriere“, dann wird es schon peinlich. Denn wer soll die Kinder hüten, damit die Frau nicht etwa einem Beruf nachgeht, sondern eben „Karriere“ macht. Doch wohl die türkische Frau mit Hauptschulabschluss, für die Inderin reichts nicht, weil sie bestimmt keine 100.000 DM damit verdienen kann.

Deshalb bracht NRW auf jeden Fall eine starke linke Opposition. Zu Recht wirbt die PDS NRW mit „Links - Druck machen“. Ob die PDS an das Bundestagswahlergebnis von 1,2% anknüpfen kann oder gar etwas mehr oder weniger, wird der Leser bald wissen. Auf der Straße gibt es ganz unterschiedlich Meinungen. Originalton: „Ohne Gysi und Bisky seid ihr nichts mehr“. „Dass sich Gysi so davon macht, nehm' ich im übel“. „Die SPD kann man nicht mehr wählen“. „Dass ihr standhaft ward, ist ganz wichtig“. Ein kurdischer Familienvater: „Vier Stimmen sind Euch sicher“.

Der Landesverband ist aktiv und kämpft, auch wenn vieles verbessert werden könnte. Auffällig ist, dass die PDS mehr in den Medien vertreten ist (fünf Talk-Shows im WDR). Zahlreiche Informationsstände finden statt, an denen eine Wahlkampfzeitung verteilt wird (Auflage 500.000), und Plakate werden verklebt. Die PDS kann auch auf mehr Veranstaltungen in Schulen sich äußern, das sind eindeutige Fortschritt in der öffentlichen Meinung.

Zu befürchten ist aber, dass die PDS auf dem Lande weniger Stimme erhält, weil dort kaum aktive Gruppen arbeiten und wenig Werbung betrieben wird.

Trotz dieser Schwierigkeiten war und ist die Kandidatur für die Entwicklung der PDS im Westen ganz wesentlich. Darüber sind sich alle Kräfte und Strömungen in der PDS NRW mit dem Parteivorstand einig.

Jörg Detjen

Quelle:

(1) Rheinischer Post, 4.5.2000

(2) Westfalen-Blatt, 3.5.2000

(3) „Freitag“ 5.5.2000

Russischer Partisan in Riga zu Haftstrafe verurteilt. Lettischer Revanchismus erntet Sturm aus Russland

Rauer Wind aus Moskau

In einem Interview mit der britischen BBC äußerte die Präsidentin der ehemaligen baltischen Sowjetrepublik Lettland kürzlich ihre Befürchtung, dass Russland schon bald „militärische Gewalt gegen seine Nachbarn einsetzen“ könnte. Dabei denkt sie vor allem an ihr eigenes Land, das sich seit seiner Unabhängigkeit durch eine provokative russenfeindliche Politik ausgezeichnet hat. Die sonst vom Westen so gehätschelte Regierung Lettlands hat sich deshalb sogar schon eine Rüge der EU eingehandelt. Gerügt wurde die unverhohlen rassistische und diskriminierende Minoritätenpolitik, die in Riga zur Beförderung der „Auswanderung“ eingesetzt wird. Etwa 40 Prozent der Bevölkerung Lettlands sind russischer Abstammung.

In den letzten Tagen und Wochen erreichten die Spannungen zwischen Moskau und Riga einen neuen Höhepunkt. Wegen angeblicher Kriegsverbrechen hat jetzt ein lettisches Gericht den ehemaligen russischen kommunistischen Partisanen und neuen Bürger Lettlands, den 77 Jahre alten Vasily Kononow, zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Während der Nazi-Besatzung waren bei einem Angriff kommunistischer Partisanen auf ein lettisches Dorf neun Zivilisten getötet worden.

Kononow wurde in einem fadenscheinigen Prozess der Komplizenschaft bei der Ermordung der Zivilisten schuldig befunden. Ob es sich bei den Toten um lettische Kollaborateure der Nazis handelte, hat das Gericht jedoch nicht erörtern wollen.



Sowjetische Partisanen, von der Wehrmacht gehängt

Selbst der neue russische Präsident Wladimir Putin war über das Vorgehen der lettischen Justiz entzürnt. Persönlich erklärte er, dass er es nicht erlauben würde, dass die Geschichte des sowjetischen Widerstandes gegen die Nazis verunglimpft würde. Putin ordnete persönlich

an, dass Kononow mit sofortiger Wirkung die russische Staatsbürgerschaft bekam, was dem Prozess in Lettland einen internationale Dimension gab. Auch auf dem diplomatischen Parkett war Moskau nicht untätig. Es legte den Außenministern der Europäischen Union nahe, die Pläne zur Aufnahme Lettlands in die EU im Licht der „faschistischen“, „rassistischen“ und „revanchistischen“ Tendenzen in Lettland zu überprüfen. Vor dem Hintergrund des Urteils gegen den alten Sowjetpartisan Kononow und lettischen Plänen für weitere Prozesse dieser Art erklärte der russische Botschafter in Riga, Alexander Udaltzow, dass Moskau auch den Abbruch von für Riga lebenswichtigen Wirtschaftsbeziehungen in Betracht zieht. Außerdem rief die russische Regierung auf Anordnung Putins dazu auf, die in Riga Mitte Mai stattfindende internationale Konferenz der „Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ zu boykottieren.



Mittlerweile hat Kononow gegen das Urteil Berufung eingelegt. Unter der Bedingung, seinen Wohnsitz nicht zu verlassen, wurde er bis zur endgültigen Entscheidung überraschend aus dem Gefängnis entlassen. Unmittelbar danach wurde ihm von der russischen Botschaft in Riga ein russischer Pass überreicht.

Indessen zeigt sich das lettische Außenministerium nach außen betont gelassen. „Die EU und Amerika stehen hinter uns“, zitierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* kürzlich einen hochrangigen Diplomaten.

In dem BBC-Interview von Präsidentin Vike Freiberga Ende April war von dieser Gelassenheit jedoch nicht mehr viel zu spüren. Der neue russische Präsident und seine Art, die russischen Interessen zu verteidigen, machen nervös. Besonders die neue russische Sicherheitsdoktrin bereitet Kopfschmerzen – nicht nur in Riga. Auch die NATO zeigt sich weniger enthusiastisch als noch vor einigen Jahren, als man in Brüssel kaum Probleme für eine möglichst schnelle Aufnahme der baltischen Staaten sah.

Kürzlich ließ das russische Verteidigungsministerium wissen, dass Moskau die Aufnahme Lettlands in die NATO als „Bedrohung der russischen Sicherheit“ betrachten würde. Der Wind aus Moskau ist rauer geworden. Das spürt man auch in Riga. Regelrecht beschwörend sagte deshalb Freiberga, dass „jedweder russischer Angriff auf Lettland auch ein Angriff auf die Europäische Gemeinschaft“ sei und „indirekt ein Angriff auf die NATO“.

Rainer Rupp (Dieser Artikel erschien auch in der „Jungen Welt“)

Englisch-deutsch-portugiesische Militärintervention nach Zimbabwe?

Der Kampf um Land

Ende April bestätigte die EU, dass Großbritannien in Zusammenarbeit mit der BRD und Portugal einen „Eventualplan“ zur militärischen Evakuierung der europäischen Siedler aus Zimbabwe bereithält. Den Angaben der FAZ (2.5.) zufolge beinhaltet der Plan die Verlegung jeweils eines britischen Hubschrauber- und Flugzeugträgers in die Region und den Einsatz britischer, deutscher und portugiesischer Luftwaffe. Vorgesehen ist sogar das Eindringen europäischer Soldaten ins Landesinnere, um die Siedler (von den ca. 70.000 Weißen in Zimbabwe haben 20.000 einen britischen Pass) gewaltsam herauszuholen. Der Interventionsplan wirft ein Licht auf den Charakter der Auseinandersetzung in Zimbabwe.

„Warum Mugabe Recht hat“, überschreibt die afrikanische Zeitung *New African* (Mai) ihren Schwerpunkt und bringt damit die Sympathie zum Ausdruck, die der Kampf um das Land in Zimbabwe in weiten Teilen Afrikas genießt. Die Landreform und die katastrophale wirtschaftliche Lage in Zimbabwe, von einer hasserfüllten Medienkampagne in Europa miteinander verengt, seien auseinander zu halten, schreibt die Zeitung und weist darauf hin, dass unabhängig davon, wie man die Wirtschafts- und Innenpolitik von Präsident Mugabe beurteilen mag, und unabhängig davon, ob die Wähler Mugabe in den bis Juli anzuberaumenden Wahlen wiederwählen oder nicht, die Landfrage ihre Dringlichkeit behält.

Sie ist eine Hinterlassenschaft des britischen Kolonialismus, der seit 1889 den Großteil des Landes, die fruchtbaren Landstriche ins Eigentum einiger zehntausend europäischer Farmer überführte und die große Mehrheit der afrikanischen Landbevölkerung in übervölkerte Reservate in regenarmen Gebieten mit unertragbarem Boden zusammenpferchte, das heute als schwarzes Gemeinschaftsland bezeichnet wird. Der Landhunger der kleinen Bauern und Landlosen war die soziale Triebkraft des Befreiungskampfes, der 1980 mit der staatlichen Unabhängigkeit endete – aber sie stillte diesen Hunger nicht. Es daran zu erinnern, dass Großbritannien und die USA 1980 im sog. Lancaster-House-Abkommen eine Verfassung durchsetzten, die gegen die Zusage von Zahlungen für Landkauf auf zehn Jahre jede Enteignung europäischer Farmer ausschloss. Jede Wiederansiedlung afrikanischer Landbevölkerung auf durch Europäer okkupiertem Farmland

war damit an die Voraussetzung gebunden, dass Großfarmen Land verkauften – wenn sie verkauften, dann die unfruchtbaren Gebiete und zu horrenden Preisen. Seit 1980 konnten so lediglich 71.000 Familien statt bis 1990 vorgesehenen 162.000 auf 3,5 Mio. ha Farmland ansiedelt werden. Das Ergebnis heute?

- 1 Million afrikanische Familien (über 60% der Bevölkerung) leben auf dem schwarzen Gemeinschaftsland (16,3 Mio. ha). Bei wachsender Bevölkerung schrumpfen die Betriebsgrößen (ca. 3 ha), das Land ist ausgelaugt und abgeholzt, Brachzeiten kann sich niemand leisten, das Geld für Dünger und oft sogar für Saatgut fehlt, allzumal die Vermarktungsbehörde wegen Geldmangels immer wieder die Zahlungen für Getreide lieferungen hinauszögert.

- 4.000 kommerzielle Großfarmen in den Händen europäischer Farmer mit durchschnittlich 2.000 ha erstrecken sich über 11,2 Mio. ha besten Bodens.

- Dazu kommen noch ca. 71.000 wiederangesiedelte Familien auf 2 Mio. ha und 10.000 kleinen kommerziellen afrikanischen Farmen auf 1,2 Mio. ha.

Seit 1990 hat die Regierung auf wachsenden Druck der landhungrigen afrikanischen Bevölkerung verschiedene Schritte unternommen, die Landproblem wenigstens zu entspannen. Dabei hat sie allerdings schwerwiegende Fehler begangen, die es den Siedlern und ihren europäischen Garantimächten erleichterten, wirkliche Fortschritte zu blockieren.

1991 beschloss die Regierung ein Gesetz zur Enteignung europäischen Farmlandes gegen Entschädigung. Im Zuge der damit eingeleiteten Zwangseigungen und Umsiedlungsprogramme wurden, wie bald aufkam, hohe Funktionäre der ZANU-PF massiv begünstigt. Obwohl nach dem Skandal die Begünstigung gestoppt wurde, nahm Großbritannien sie zum Anlass, die zugesagte Unterstützung von 30 Mio. Pfund zurückzuziehen. Der Regierung fehlte das Geld, alle Enteignungen zu zahlen und zugleich fehlende Infrastruktur und Kredite für die Kleinbauern zur Verfügung zu stellen. Das Ziel der Wiederansiedlung von weiteren 100.000 Familien innerhalb von fünf Jahren wurde deshalb bei weitem verfehlt.

Im November 1997 stellte die Regierung Kriterien auf für Zwangseigungen. Zwangseignet werden sollte danach nicht genutztes Land der kommerziellen Farmen (nach einer Weltbankstudie wird die Hälfte des weißen Farmlandes nicht genutzt), Land von Farmern mit Wohnsitz im Ausland, Land von Farmern, die mehr als eine Farm besitzen, und an schwarzes Gemeinschaftsland angrenzendes Land. Obwohl die Regierung betonte, dass kein Farmer ohne Land bleiben solle, obwohl bis Ende 1998 für jeden Hektar der 3,5 Mio. ha enteigneten bzw. gekauften Farmlandes gezahlt wurde und obwohl Zimbabwe im September

1998 eine internationale Konferenz zur Landreform durchführte, um eine Verständigung zu erreichen, und die 48 Geberländer auf dieser Konferenz die Notwendigkeit einer Landreform bekräftigten, verschärften die alten Kolonialherren und der IWF die Auseinandersetzung zu einem internationalen Konflikt. Mehrfach hat der IWF zugesagte Kredite und Zahlungsbilanzzuschüsse u.a. mit der Forderung nach „transparenter und fairer Landreform“ verweigert und so die wirtschaftliche Krise angeheizt. Auch die USA, die vor 20 Jahren finanzielle Unterstützung für Wiederansiedlungsprogramme zusagten, haben seither lediglich 1 Mio. \$ gezahlt und die Zahlungen ebenso wie Großbritannien inzwischen ganz eingestellt.

Seit Ende 1998 hat die Regierung Mugabe einige hundert Farmen entzädingungslos enteignet. Im Februar 2000 versuchte sie, entzädingungslose Enteignungen mit einem Referendum in der Verfassung zu verankern. Das Referendum scheiterte, weil Mugabe damit zugleich seine Machtbefugnisse ausweiten wollte, was auf breiten Widerstand stieß. Im April beschloss das Parlament mit Zweidrittelmehrheit eine die entzädingungslose Enteignungen betreffende Verfassungsänderung. Daraufhin brachen – wahrscheinlich ohne dass dies die Regierung anfangs beabsichtigte – Tausende und Zehntausende Landlose auf und besetzten europäisches Farmland.

Die Politik Mugabes, die Unterdrückung der Gewerkschaften, Verfolgung von Minderheiten, Behinderung und Ausschaltung von Opposition, extensive Machtanhäufung, Verschleppung grundlegender sozialer Reformen, die militärische Intervention in den Kongo-Krieg, all das ruft wachsenden Widerstand hervor, vor allem in den Städten. Die innenpolitische Opposition wirft ihm vor, die Landfrage taktisch zu benutzen, um so die anstehenden Wahlen doch noch zu gewinnen. Das mag zutreffen. Tatsache ist jedoch, dass die alten Kolonialherren und ihre Verbündeten die politische und wirtschaftliche Destabilisierung des Landes gezielt und mit Macht vorantreiben. Die jüngste Meldung lautet, dass die Tabakfarmer ihre diesjährige Tabakernte zurückhalten – aus dem Tabakexport resultieren immerhin 30% aller Exporterlöse, 400 Mio. US-\$, die die Regierung praktisch schon ausgegeben hat, um Benzin- und Dieselleferungen aus Kuweit zu zahlen. Durch den Rückzug ausländischen Kapitals gerät die Wirtschaft weiter unter Druck. Die Inflation kletterte auf über 50%, die Arbeitslosigkeit liegt bei 60%, internationale Verpflichtungen kann die Regierung nur noch aus den zusammenschmelzenden Devisenreserven erfüllen. Das täglich wachsende Chaos begünstigt die ausländische Einmischung bis hin zur Militärintervention. Die Lösung der Landfrage droht dabei wieder einmal unter die Räder zu kommen.

scc



100.000 Regierungsgegner demonstrieren in Wien

In Wien haben am Montag bei der 1. Mai-Kundgebung der Sozialdemokraten (SPÖ) rund 100.000 Menschen gegen die Mitte-Rechts-Regierung demonstriert. Die SPÖ hatte zum Protest gegen die Koalition aus konservativer Volkspartei (ÖVP) und Freiheitlicher Partei (FPÖ) aufgerufen. In den vergangenen Jahren waren oft nicht einmal halb so viele Teilnehmer zur Mai-Veranstaltung der stimmenstärksten österreichischen Partei gekommen.

1.-Mai-Feiern in Slowenien mit verstärktem Zulauf

Laibach. Mit deutlich gesteigerten Teilnehmerzahlen haben in Slowenien die Feiern zum 1. Mai stattgefunden. Sie fiebern in diesem Jahr mit den Gedenkfeiern anlässlich des 55. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs zusammen. Die größte Veranstaltung im Dorf Opatje Selo nahe der Grenze zu Italien fand in Gegenwart von Staatspräsident Kucan statt. Bereits in der Nacht wurden Hunderte Höhenfeuer gezündet, eine Tradition zum 1. Mai seit Jahrzehnten. Die Festreden fiebern schärfer und pointierter als in den vergangenen zehn Jahren aus. Es wurde v.a. auf den sinkenden Lebensstandard der arbeitenden Menschen hingewiesen. Seit der Änderung des Gesellschaftssystems zum Kapitalismus sei die Zahl der Slowenen, die an der Grenze des Existenzminimums leben müssen, von 8 auf 17 Prozent gestiegen, während „die Reichen immer reicher werden“, hieß es. Die größten Abstriche mussten die Arbeiter beim sozialen und gesundheitlichen Schutz hinnehmen. Das Laibacher Radio begann seinen Kommentar mit den Worten: „Die slowenische Arbeiterklasse verliert immer mehr an Rechten“. (Quelle: APA)

Albanischer Außenminister in Montenegro

Mehrere Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit hat der albanischen Außenminister bei seinem Besuch in Montenegro unterzeichnet. Montenegro gehört zur Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ), und diese hatte nach Beginn des NATO-Kriegseinsatzes gegen die BRJ alle Beziehungen zu Albanien abgebrochen. Der Besuch des albanischen Außenministers muss im Zusammenhang mit den Versuchen der NATO-Staaten gesehen werden, Montenegro aus der BRJ herauszubrechen. Der Außenminister Paskal Milo traf mit allen wichtigen Repräsentanten der Republik Montenegro zusammen. Zudem gab es ein Treffen mit Vertretern einer albanischen Minderheit in Montenegro. Von den 650.000 Einwohnern Montenegros verstehen sich 45.000 als Albaner. (Quelle: APA)

Kosovo: Neue Parteigründung fordert Abspaltung von BRJ

Kosovo-albanische Politiker aus dem Spektrum extremistischer Parteien und frühere Milizenführer haben eine Koalition für die Unabhängigkeit der jugoslawischen Provinz gebildet. „Wir arbeiten für die Zukunft des Kosovo. Wir müssen unseren eigenen Staat aufbauen“, sagte der Vorsitzende der neuen „Allianz für die Zukunft des Kosovo“, der frühere UCK-Kommandeur Ramush Haradinaj, am Dienstag bei einer Zeremonie in Pristina. „Die Allianz wird arbeiten, um die Bedingungen für ein von Belgrad abgespaltenes Kosovo zu schaffen. Unser politisches Ziel ist es, das Bewusstsein für einen Staat Kosovo zu schaffen, der von Kosovaren verwaltet wird“, betonte der Chef der Allianz. Der frühere Milizenführer Haradinaj ist in den eigenen Reihen höchst angesehen und gilt als schar-

fer Gegner des führenden kosovo-albanischen Politikers Hashim Thaci.

Die vier Parteien des neuen Bündnisses sind in der Vergangenheit als politische „Falken“ aufgetreten. Beteiligt sind die Nationale Bewegung für die Befreiung Kosovos (LKCK), im vorigen Sommer als radikalste Kraft beschrieben, und die linksnationalistische Volksbewegung des Kosovo (LPK), die die UCK-Miliz mitbegründet hatte. Außerdem sind die Parlamentarische Partei des Kosovo (PPK) und die nationalistische Partei der Nationalen Einheit (UNIKOMB) eingebunden. Haradinaj kündigte an, das Parteienbündnis werde zu den Kommunalwahlen in diesem Jahr antreten. Das Bündnis wolle unabhängig von der Verwaltung und den politischen Gremien der UN-Mission (UNMIK), aber nach deren Muster eigene staatliche Strukturen aufbauen.

Unterdessen findet der Kosovo-Sezessionsplan auch in der UNO Anhänger. Zum Abschluss einer mehrtägigen Kosovo-Reise hat eine Delegation des UNO-Sicherheitsrates ausgeschlossen, dass die serbische Provinz wieder unter Belgrader Herrschaft gestellt wird. Es gebe keinen Grund, den Status des Kosovo zu ändern, sagte am Samstag der Leiter der Delegation, der Bangladescher UNO-Botschafter Anwarul Karim Chowdhury. Unter der UNO-Resolution 1244 aus dem vergangenen Jahr bleibt das Kosovo zwar eine serbische Provinz, genießt aber „in wesentlichen Punkten Autonomie“. (Quelle: BZ 4.5.2000)

Seltene Krankheit breitet sich im Kosovo aus – „Hasenpest“-Erreger wird für B-Waffen verwendet

Im Kosovo sind nach Berichten der italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera“ 600 Menschen an der seltenen „Hasenpest“ (Tularämie) erkrankt. Die Krankheit wird durch Nagetiere wie Hasen oder Ratten sowie durch Zecken übertragen. Wie der „Corriere della Sera“ weiter schreibt, wird der Erreger der Seuche (Pasteurella Tularensis) auch in biologischen Waffen verwendet. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) befürchtet den Angaben zufolge eine Ausbreitung der Krankheit in Albanien, während sie im Kosovo bereits unter Kontrolle sei. In dem von italienischen KFOR-Soldaten kontrollierten Gebiet wurden 160 Fälle registriert. Die Sterblichkeit der Tularämie beträgt rund drei Prozent. Die anzeigepflichtige Krankheit bricht in der Regel auf Grund schlechter hygienischer Bedingungen aus. Erstmals beobachtet wurde sie in Kalifornien im Gebiet Tulare um 1910. (Quelle: KIL)

Quellenangaben: APA: Austria Press Agency; BZ: Berliner Zeitung; KIL: Kosovo Info Line (www.kosovo-infoline.de)

Zusammenstellung: hav

Am 2. Mai wurde weltweit der Opfer des Holocaust gedacht. Bild: Mehr als 6000 Menschen führten einen „Marsch der Lebenden“ vom Konzentrationslager Auschwitz ins drei Kilometer entfernte Vernichtungslager Birkenau durch. Auf einer Tagung der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) am 6. Mai in Berlin berichtete Fred Dellheim, dass 1999 so viele junge Menschen wie nie zuvor Gedenkstätten von Konzentrationslagern besichtigt hätten. Die Organisation kritisierte, in Deutschland sei die Diskussion um den Bau von Mahnmalen lediglich auf Kosten fixiert. Sie drängt auf eine Öffnung von Archiven für Historiker, die auch für die Entschädigung von Zwangsarbeitern wichtig sei.

AZ 3.5./NewsBote 6.5.



2. Mai, Auschwitz:
Marsch der Lebenden

13. Mai – Internationaler Aktions- tag für Mumia Abu-Jamal

HAMBURG. In dem offiziellen internationalen Aufruf aus den USA für den 13. Mai heißt es: „Leonard Weinglass, Hauptverteidiger von Mumia Abu-Jamal alarmiert: „Die nächsten 90 Tage werden kritischer für das Leben von Abu-Jamal sein, als die vergangenen 17 Jahre.“ Bundesdistriktrichter William Yohn muss sich für oder gegen eine Überprüfung der Protokolle entscheiden, die die gefälschten Beweise und den amtlichen Meineid enthalten, von dem der Prozess 1982 geprägt war. In diesem Prozess wurde Mumia Abu-Jamal durch die systematische Verletzung seiner Grund- und Verfassungsrechte angeklagt und zum Tode verurteilt ... Wir rufen jede Organisation, die an Menschen- und demokratischen Rechten festhält, auf, in jedem Land eine größere Anzahl von Menschen zu erreichen als je zuvor ... Am 13. Mai müssen die Straßen rund um die Welt mit einem Meer von Menschlichkeit gefüllt sein, um unverzüglich Gerechtigkeit zu fordern.“

www.nadir.org/nadir/aktuell

Übergabe der Protestpostkarten „Keine Kampfpanzer für die Türkei“

BERLIN. Am 8. Mai übergaben Vertreter der Initiativen gegen Rüstungsexporte bei einem Treffen mit der Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, MdB Claudia Roth, ca. 14.000 Protestpostkarten „Keine Kampfpanzer für die Türkei“ Sie werden an den Petitionsausschuss des Bundestages weitergeleitet, so dass sich ein parlamentarisches Gremium noch vor weiteren Entscheidungen des Bundessicherheitsrates mit der Materie befassen muss. Vor einigen Tagen wurde bekannt, dass die Türkei dieses Jahr keine Entscheidung zur Anschaffung neuer Panzer fällen wird. Im Gespräch ist eine umfassende Modernisierung der türkischen Streitkräfte, zu der die Anschaffung von bis zu 1000 neuen Kampfpanzern mit ei-

nem Geschäftsumfang von über 10 Milliarden Mark gehört. Unabhängig davon, ob Ankara bei der Verschiebung einer Entscheidung der Regierung in Berlin entgegen kommt – Motto: Warten bis die öffentliche Aufmerksamkeit nachgelassen hat – oder ob die Finanzlage Grund für die Verschiebung der Entscheidung ist; für die sich an der Kampagne beteiligenden Gruppen kann es nur eine Entscheidung der Bundesregierung geben: Keine weiteren Waffenlieferungen an Ankara.

www.friedenskooperative.de

21. Mai: Demonstration gegen Abschiebeknäste in Büren

BÜREN. „Powerdurch die Mauer! Weg mit allen Abschiebeknästen“ – unter diesem Motto wird am 21. Mai in Büren bei Paderborn eine bundesweite Demonstration stattfinden, zu der antifaschistische, antirassistische und flüchtlingsunterstützende Gruppen aufrufen. Büren ist der größte Abschiebeknast in Europa. Ca. 90% der hier Inhaftierten sind nicht straffällig geworden, ihr einziges „Delikt“ besteht darin, in die BRD eingereist zu sein. Die Inhaftierungszeit dauert bis zu 18 Monate. Zur „Disziplinierung“ von Gefangenen werden Arreststrafen verhängt, d.h.: bis zu vier Wochen Leben in totaler Isolierung. Die Haftbedingungen forderten am 30.8.99 ihr erstes Todesopfer: Rachid Sbaal verstarb durch einen



Brand in seiner Arrestzelle. Stellen für SozialarbeiterInnen oder PsychologInnen sind nicht besetzt, obwohl viele Häftlinge in Büren bereits unter psychischen Problemen leiden. Dazu kommt die ständige Angst vor der Abschiebung, die für die Meisten Verfolgung, Folter oder Tod nach sich ziehen. Info-Tel: 05251/690574

Studenten und Studentinnen organisieren sich international

BONN. Ende April fand in Mexiko auf Einladung des Generellen Streikrates (CGH) der Universität Mexiko UNAM das erste internationale Treffen von StudentInnen aus aller Welt gegen das „Neoliberalen Projekt und für Verteidigung von freier, kostenloser und öffentlicher Bildung“ statt. Über 1200 TeilnehmerInnen aus 16 verschiedenen Ländern Lateinamerikas, Nordamerikas und Europas (darunter aus Deutschland auch der fzs – freie Zusammenschluss von studentInnenenschaften) und aus 20 Bundesstaaten Mexikos versammelten sich, um gemeinsame Ziele, Strategien und Aktionen zu diskutieren und zu beraten. Die Abschlusserklärung enthält u.a. folgende Grundsätze: • Gründung eines internationalen studentischen Netzwerkes • Abehnung von internationalem Währungsfond, Weltbank, der OECD und allen Regierungen, die diese neoliberale Politik durchführen oder propagieren • freie, kostenlose und öffentliche Bildung für alle • Erhöhung der Ausgaben für Bildung auf mindestens 12% des Brutto- sozialprodukts jedes Landes • Demokratisierung der Hochschulen • aktive Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften • Verknüpfung studentischer Forderungen und Kämpfe mit denen anderer sozialer Gruppen • sofortige Freilassung der politischen Gefangenen, der StudentInnen der UNAM und überall auf der Welt • Ablehnung der Politik der Europäischen Kommission in Brüssel, die im Namen der Harmonisierung von Bildungssystemen die Anpassung und Unterwerfung unter das ameri-

rikanische Modell von Bildung forciert, in dem Hochschulen nur mehr Unternehmen sind, die nach Angebot und Nachfrage in rein kapitalistischer Verwertung die Ware Bildung verkaufen.

Das 2. Treffen soll im April 2001 im kanadischen Quebec stattfinden.

www.phjacon.de/studierende-fzs

Bundesweit Demonstrationen gegen Diskriminierung von Behinderten

BERLIN. Etwa 100.000 Menschen haben am 5. Mai in 150 Städten gegen die Diskriminierung von Behinderten demonstriert, so der Sprecher der federführenden Organisation „Aktion Mensch“, Karl-Josef Mittler. Teilweise wurden Pappkartons umgelegt als Symbol für Hindernisse, aber auch für die „Mauer in den Köpfen“. Der Kasseler Sozialrichter Andreas Jürgens vom Forum behinderter Juristinnen und Juristen, das einen eigenen Entwurf für ein Gleichstellungsgesetz vorgelegt hatte, betonte, es müsse statt der reinen „Fürsorgepolitik“ für Behinderte eine „Menschen- und Bürgerrechtspolitik“ erreicht werden. *PE*

Proteste gegen polizeigeschützte NPD-Aufmärsche am 1. Mai

LUDWIGSHAFEN/FÜRTH. Rund 3.000 NPD-Anhänger zogen am 1. Mai durch Berlin, Ludwigshafen, Fürth, Dresden, Grimma bei Leipzig und Wetzlar. Immer unter Mißachtung örtlicher Beschlüsse und mit dem Segen höchster Gerichte, immer unter massivem Polizeischutz. Aber es kam in den Städten zu zahlreichen Protesten, hier zwei Beispiele:

In Ludwigshafen konnte sich die NPD nicht wie geplant vor dem Hauptbahnhof sammeln. Dort war die Bürgerinitiative Lu-Süd gegen Rechts und verschiedene Antifaschistische Gruppen aus dem Rhein-Neckarraum sowie die Grünen LU mit etwa 400 Leuten vertreten. Später stießen kurdische Gruppen und Teile der revolutionären 1. Mai-Demonstration aus Mannheim dazu. Die NPD war gezwungen, sich am Hbf-Hinterausgang zu sammeln. 250 vor allem junge Männer zogen faschistische Lösungen grölend durch die Stadt. Bei den Gegenaktionen kesselte die Polizei 50 Antifaschisten ein, aber es konnte verhindert werden, dass die NPD eine Kundgebung am Berliner Platz durchführte. Auch gegen die NPD-Kundgebung im Hemshof, einem Stadtteil mit sehr hohen Anteil ausländischer Bewohner, hatten sich 400 Gegner der NPD eingefunden, darunter viele Anwohner, die „Ausländer bleiben, Nazis vertreiben“ skandierten.

In Fürth übertönten 4000 protestierende Menschen mit Pfeifen und Buhufen die Marschmusik und die Reden der 400 NPDler. Auf ihrem Weg durch die Innenstadt wurde die rechte Marschkolonne von Sitzblockaden, Menschenketten und Barrikaden aus Gartenstühlen aufgehalten.

Kommunal-Info/SZ

Der Ruhrpott stellt sich quer – Aktionen gegen NPD

ESSEN. Als politischen Erfolg werten die Initiatoren des Bündnisses gegen Rechts die Kundgebung, die Demonstration und die vielen anderen Aktionen gegen den NPD-Aufmarsch am 6. Mai in Essen. Die Kundgebung und Demonstration in der Innenstadt, an der sich annähernd 2.000 Menschen beteiligten, war die größte Aktion gegen Rassismus und rechtsradikales Gedankengut in Essen seit vielen Jahren. Besonders erfreulich war, dass sich viele junge Leute an der Aktion beteiligten und das Bündnis und die Redner/innen bei der Kundgebung auf dem Willy-Brandt-Platz ein recht breites politisches Spektrum repräsentierten. Es reichte von unabhängigen Antifa-Gruppen, Flüchtlingsinitiativen und Gewerkschaften bis hin zu Parteien wie DKP, PDS, B90/Grüne und SPD. Und auch die Polizeitaktik, Protest gegen die NPD aus ihrem unmittelbaren Umfeld fernzuhalten, konnte nur teilweise umgesetzt werden. Auch in der südlichen Innenstadt und in Rüttscheid artikulierten mehrere hundert Antifaschist/innen Protest. Die NPD konnte ihren Aufmarsch erst mit deutlicher Verspätung beginnen.

Trotz dieses Erfolges bleibt es ein Skandal, dass fast auf den Tag genau 55 Jahre nach Kriegsende eine Partei in Essen marschieren konnte, die in der Tradition der NSDAP steht. Das Bündnis gegen Rechts wiederholt seine Kritik an der Stadtspitze und der Polizei. Mehr als 2.500 Polizisten, Straßensperren um ein ganzes Stadtviertel, Personenkontrollen und viele andere Maßnahmen, die sich auch gegen die Einwohner/innen des „betroffenen“ Viertels richteten, sind ein völlig unverhältnismäßiger Aufwand, betrieben für den Schutz einer rechtsradikalen Partei. Der Einsatz dürfte mehrere Millionen DM gekostet haben. Dass es trotz eines an einigen Stellen martiali-

schen Auftretens der Polizei nur 11 Festnahmen gab, ist auch auf die Besonnenheit der Demonstrationsteilnehmer/innen zurückzuführen. *wof*

20. Mai: Ratschlag über die Verfassung der Demokratie

BONN. Zu einem „Ratschlag über die Verfassung der Demokratie“ lädt das „Aktionsbündnis „Aufstehen für eine andere Politik“ für Samstag, 20. Mai, von 11 bis 16 Uhr nach Bonn ins Museum König (dem Tagungsort des Parlamentarischen Rates) ein. Geplant sind drei Referate: „Lehren der Vergangenheit – Kapitalmacht kontra Demokratie“, „Sozialstaatsauftrag und seine Missachtung – Abbau von Grundrechten seit 1949“, „Zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung“ und eine Podiumsdiskussion.

Info-Tel. 069/24249950, Fax 24249951.

Demokratiepreis 2000

BERLIN. Der mit 10.000 DM dotierte Demokratiepreis der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ und ihres Fördervereins geht in diesem Jahr an den Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V. und seinen Sprecher Lothar Evers: „Wie viele Zumutungen in Stiftungsvorlagen der deutschen Wirtschaft, den diversen Gesetzesentwürfen und Begründungsmustern der Bundesregierung wären unbemerkt „durchgegangen“, hätten nicht Leute wie Lothar Evers und seine Kollegen (neben engagierten Autoren) immer wieder Korrekturbedarf angemeldet“. Die Preisverleihung wird am 7. Juni im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung in der Humboldt-Universität Berlin durchgeführt.

Aktion an den Kreisgrenzen für das Recht auf Bewegungsfreiheit

EMMENDINGEN. Voraussichtlich am 27. Mai findet eine Aktion an den Kreisgrenzen der Landkreise Emmendingen, Breisgau-Hochschwarzwald und dem Stadtkreis Freiburg statt. Da immer mehr Flüchtlinge wegen des Verlassens des zugewiesenen Aufenthaltsbereichs kriminalisiert werden, soll dieser Akt staatlicher Willkür in die öffentliche Diskussion gebracht werden. Aus dem Regierungsbezirk Freiburg ist bekannt, dass Flüchtlinge durch Geldstrafen aber auch mittels Haft auf Bewährung bestraft wurden. In einem Fahrradkorso wird auf den Protest aufmerksam gemacht. In Freiburg und Umgebung wie auch im Landkreis Emmendingen sollen die größeren Flüchtlingsunterkünfte mit dem Fahrrad angefahren werden. Vor dem Amtsgericht Freiburg und Emmendingen werden Kundgebungen stattfinden. Außerdem wird dann zu einem gemeinsamen Ort geradelt, wo sich die drei Kreise treffen. Dort ist ebenfalls eine Kundgebung, Pressekonferenz, Kultur und Grillaktion geplant. *was*



„Was haben Sie eigentlich gegen die Weltausstellung EXPO 2000?“

„Was haben Sie eigentlich gegen die Weltausstellung EXPO 2000?“ Diese Frage bekommen wir häufig gestellt.

Unsere Antwort: „Gegen eine Ausstellung, die der Völkerverständigung dient, den kulturellem Austausch fördert und gegen eine Ausstellung, die nach den Antworten auf die Fragen sucht, welche Menschheit heute vor-dergründig beschäftigt ... hätten wir gar nichts, aber ...“

Da gibt es einige gute, oder sollte man lieber sagen schlechte, Gründe, die Weltausstellung „EXPO 2000“ kritisch zu betrachten.

1992 fragten die Regierenden der Stadt Hannover die Bevölkerung nach ihrer Meinung und obwohl das Expomotto „Mensch – Natur – Technik“ schon damals in den leuchtendsten Farben gemalt wurde, stimmten 48% der HannoveranerInnen gegen die Weltausstellung! Übrigens die Menschen im Umland von Hannover wurden erst gar nicht gefragt.

Schon damals zeichnete sich ab, dass die vollmundigen Versprechungen von Herbert Schmalstieg (Oberbürgermeister) und Gerhard Schröder (damaliger Landesherr in Niedersachsen) nicht einzuhalten waren.

1996 verwiesen wir in unserer Broschüre „EXPO 2000 absagen oder neu abstimmen“, darauf, dass unsere Skepsis berechtigt war und von den Versprechungen, etwa das der kommunale Haushalt von der EXPO nicht belastet werde, die Verständigung der Völker gefördert wird und mehr Arbeitsplätze entstehen werden, nicht viel übrig blieb.

Für die Menschen in der Region wird nicht nur die Zeit während der EXPO 2000, sondern auch die Zeit danach zu erheblichen Belastungen führen.

Ständige Staus und erhöhte Umweltbelastung, überhöhte Expopreise, wie jetzt aktuell bei der ÜSTRA (Stadtbahn) und Bahn AG (Expozuschlag, Wegfall des „Wochenendtickets“ usw.), werden vor und während der EXPO jeden einzelnen belasten. Danach werden Millionenlöcher (im Moment 200 Millionen DM = Spitze des Eisberges) zu stopfen sein, wovon auch die Stadt Hannover erheblich betroffen sein wird. Die Folgen werden, wie immer, Einsparungen in sozialen und kulturellen Bereichen und Gebührenerhöhungen sein.

Dies sind aber nur die regionalen Probleme, denn statt auf die wirklichen Pro-

bleme dieser Welt hinzuweisen und alternative Lösungen aufzuzeigen, befriedigt die Weltausstellung nur noch die Bedürfnisse der Industrie, sollen konsumgeprägte Lebensformen, als westliche Standards, der Welt aufgedrückt werden, wird mit Massenunterhaltung Kritikfähigkeit betäubt, werden Länder hofiert, die gegen Menschenrechte ver-

seien die sogenannten globalen Menschheitsprobleme zu lösen.

Wir stellen uns eine ganz andere Zukunft vor als die, die sie uns mit der EXPO verkaufen wollen. Gegen den patriarchalen, rassistischen und kapitalistischen Zukunftsentwurf und den Bauplan der Konzerne, Regierungen, Technokraten für ihre „Schöne Neue Welt“ setzen

wir den weltweiten Widerstand von AtomkraftgegnerInnen bis Zapatistas, von antipatriarchal bis zersetzend. Wir wollen anlässlich der nahen Eröffnung der EXPO mit einer kraftvollen Demonstration unsere gemeinsame Kritik an den Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen sichtbar und konfrontativ auf die Straße tragen und damit den Auftakt zu weiteren Aktionen gegen die „schöne neue EXPO-Welt“ setzen. Wir machen nicht mit! Entwickeln wir einen vielfältigen Widerstand!“ (Aus dem Aufruf des Bundesweiten Anti-Expo-Bündnisses)

Anschließend wird sich eine Aktionswoche, in der viele Veranstaltungen, Aktionen, Ausstellungen rund um den EXPOwiderstand und ein Antiexpocamp stattfinden werden.

Der einstweilige Höhepunkt des EXPOwiderstandes wird der Aktionstag rund um die Eröffnungsfeierlichkeiten am 1. Juni sein.

In Hannover werden die Aktionen von dem Antiexpoforum Hannover koordiniert. Das Forum trifft sich wöchentlich. Auch die PDS Hannover ist einer der Unterstützer dieses Forums.

So werden wir das Antiexpocamp unterstützen und am 1. Juni wird unser Büro als Infopoint rund um die Uhr geöffnet sein (ab 31.05.00/18.00 Uhr unter 0511/4384763 zu erreichen, oder LiveInfos unter www.pds-hannover.de).

Wir werden uns in geeigneter Weise, in die Aktionen am 1. Juni einbringen, denn wir denken, dass der Boykott dieser Megashow ein legitimes Mittel unseres Antiexpowiderstandes ist.

Wir werden uns mit eigenen Aktionen in diese Kritik einbringen:

Am 25. Mai, 14.00 Uhr eröffnet Dieter Dehm die Ausstellung „Deutsche Banken – eine Kriminalgeschichte“ im Freizeitheim Linden, am 27. Mai sind wir natürlich bei der Demo, am 1. Juni sind wir überraschend aktiv, am 13. Juni eröffnen wir gemeinsam mit SOLID – der sozialistischen Jugend die Ausstellung „depor-



NANA (rechts) ist ein Wahrzeichen von Hannover

stoßen, wird Hannover zur gigantischen Polizeifestung erklärt, um jede Form der öffentlichen Kritik mundtot machen zu können.

Deswegen und trotzdem wenden sich viele Organisationen, Gruppen, Einzelpersonen kritisch gegen die Weltausstellung (auch unter www.xposition.de). Der Widerstand ist nicht so klein wie es die Presse glauben machen will, aber auch nicht so gewaltig wie es sich die Aktivisten des Bundesweiten Antiexpobündnisses (zu erreichen unter www.anti-expo-ag.de) wünschen. Dennoch werden sich am 27. Mai, 10.00 Uhr am Klagesmarkt in Hannover, Tausende, unter dem Motto „EXPO NO“, zu einer der größten Demonstrationen versammeln, die unsere Stadt je gesehen hat.

„...Die EXPO soll BesucherInnen eine „Welt der Zukunft“ zeigen, die nach den ökotechnokratischen Maßgaben der Agenda 21 und deren nicht mehr ganz so taufrischen Herrschaftskonzept „Nachhaltigkeit“ gebaut sein soll. Und das heißt praktisch: Nur durch neue umweltzerstörerische Technologien, durch die ungehemmte Entfaltung kapitalistischer Akkumulation und durch den Einsatz der „Lösungskompetenz von Unternehmen“

fzs lehnt neoliberales Prestigeprojekt ifu ab – Kritik an Internationaler Frauenuniversität im Rahmen der EXPO 2000

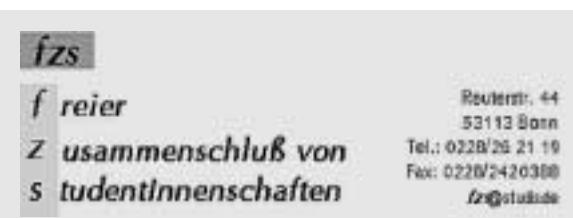
Die Internationale Frauenuniversität ifu soll im Sommer 2000 für 100 Tage 1000 Frauen die Möglichkeit zu einer Weiterbildung in den Bereichen Körper, Stadt, Information, Migration, Wasser und Arbeit unter frauenbezogenen Aspekten bieten. Dies wird mit finanzieller Unterstützung der EXPO und mit inhaltlicher Anlehnung an das EXPO-Thema „Mensch – Natur – Technik“ durchgeführt.

Der fzs lehnt dieses Konzept einer Internationalen Frauenuniversität strukturell ab. Für die Teilnahme an der ifu wird ein abgeschlossenes Studium in vorgeschrivenen Bereichen, ein akademisches Empfehlungsschreiben, gutes Englischtestergebnis beim TOEFL und feministisches Engagement vorausgesetzt. Studiengebühren in Höhe von 600,- DM werden erhoben. Über Aufnahmekriterien und Auswahlverfahren wird so eine große Anzahl von Frauen ausgeschlossen. Es werden nur die ohnehin schon privilegierten, etablierten und wohlhabenden Frauen angesprochen. Durch die geringe Anzahl der Studentinnen und die hohen Aufnahmehürden trägt dieses Modell einer Universität zur Elitenbildung bei. Die ifu ist extrem hierarchisch und autoritär durchorganisiert. Studentinnen haben keinerlei Mitspracherechte, was Inhalte und Struktur angeht. Hiermit kritisieren wir auch, daß die ifu von einem kleinen Klüngelkreis organisiert wurde. Studentinnen oder ihre Vertretungen wurden zu keinem Zeitpunkt mit einbezogen oder zu ihrer Meinung gefragt.

Die ifu dient als Prestigeprojekt und wird in der Öffentlichkeit als das Kon-

zept von Frauenhochschule schlechthin angesehen.

„Wir halten eine Frauenhochschule durchaus für eine gute Idee, allerdings wollen wir echte Alternativen zur derzeit überall stattfindenden neoliberalen Umstrukturierung an Hochschulen“, formuliert Kerry Sailer, Vorstandsmitglied des fzs studentische Vorstellungen.



Reuterstr. 44
53113 Bonn
Tel.: 0228/26 21 19
Fax: 0228/2420388
fzs@studierende.de

Abgesehen von ihrem Vorbildcharakter als Frauenhochschule, wird die ifu als das derzeitig anerkannte und nachahmenswerte Reformmodell von Hochschule allgemein gehandelt. Hier wird uns die Hochschule der Zukunft präsentiert.

Der fzs kritisiert die Anbindung der ifu an die EXPO 2000. Die EXPO festigt und unterstützt die Ideologie, daß sich der bedingungslose und alternativenlose Kapitalismus endlich durchgesetzt habe. Die EXPO will globale Lösungen für die Zukunft der Menschheit im Sinne der Wirtschaft und aus dem Blickwinkel der ersten Welt präsentieren, wie beispielsweise Gentechnik oder Atomtechnik.

Die Themenaufteilung der ifu an sich in abstrakte, fächergrenzenüberschreitende Bereiche ist ein guter Ansatz, der allerdings bei näherer Betrachtung Lücken aufweist. Beispiele dafür gäbe es zahlreich.

Um eines zu nennen: beim Thema „Wasser“ wird die Staudammproblema-

tik nicht integriert, obwohl dieser Aspekt zur Zeit hochaktuell ist und gerade Frauen in Indien beispielsweise in der dortigen Widerstandsbewegung aktiv sind. Oder beim Themenbereich Stadt wird die Kritik an „Innerer Sicherheit“, „Ordnungspolitischen Maßnahmen“ oder alternative Konzepte von Stadt als Freiraum für alle vollkommen ausgeklammert.

„Kritisches Denken wird zwar ansatzweise und oberflächlich genannt, allerdings können wir uns sicher sein, daß ein solch prestigereiches EXPO-Projekt wie die ifu weder grundsätzliche Kapitalismuskritik, noch Kritik an einer rassistischen und diskriminierenden Asylpraxis, noch sonstige Kritik an Staat und Wirtschaft zum Ergebnis haben wird. Echte Kritik, wie sie an der EXPO und ihren Inhalten geübt werden müßte, wird auf der ifu einfach nicht stattfinden. Eine solche pseudokritische Veranstaltung können wir auch nicht mehr emanzipatorisch oder feministisch nennen“, formuliert Kerry Sailer die fzs-Position.

Gerade als Modellprojekt lehnt der fzs die ifu umso vehementer ab, da sie die Hochschullandschaft in eine Richtung drängt, die undemokratisch, unsozial, elitebildend, ausgrenzend, unsolidarisch, kapitalistisch und marktradikal ist. Wir wollen keine Verhältnisse, in denen nur das Geld und die Verwertbarkeit der Arbeitskraft zählen.

Für Rückfragen stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Kerry Sailer, Vorstandsmitglied des fzs:
0228/262119 oder 0170/3213758
<http://www.pbjacon.de/studierende-fzs>

tation class – das Geschäft mit der Abschiebung“ im Pavillon Hannover, am 1.Juli Friedensfest in der Struckmeyer Straße, am 16/17. September, auch gemeinsam mit SOLID – der sozialistischen Jugend, das internationale Jugendwochenende.

Viele Aktionen werden zu den Nationentagen laufen: wie Nationentag Österreich / Europäischer Rechtsruck, Nationentag Russische Föderation / Krieg in Tschetschenien, Nationentag Kuba/ Sozialismus in Mittelamerika u.v.a. Außerdem werden wir viele Infostände in der Innenstadt durchführen.

Doch mit Aktionen zur EXPO 2000 werden wir uns nicht zufrieden geben, denn die EXPO geht, aber wir bleiben hier, in Hannover.

Deswegen werden wir eine Broschüre, pünktlich zum Beginn der Aktionswoche am 27. Mai, herausgeben, die sich mit den Auswirkungen, auch

nach der EXPO 2000, speziell auf Hannover beschäftigen wird. Wir werden uns hier speziell mit den Themen wie: Stadt-



Die Kritik an dem Prestigeobjekt findet bundesweit Rückhalt. Hier 1. Mai Demonstration in Augsburg

entwicklung – was kommt danach?, Beschäftigung, Verkehrspolitik und Mobilitätswahn, Gentechnik, Flüchtlings- und Asylpolitik in Niedersachsen, Stadt- und Regionalpolitik, Kommunale Außenpolitik, und der sogenannten „sauberen“ Stadt beschäftigen. (Bestellungen unter Vorstand@pds-hannover.de). Auch über eine finanzielle Unterstützung unserer Aktivitäten würden wir uns freuen, unser Spendenkonto lautet: Expowiderstand, Kto-Nr. 732702, Stadtsparkasse Hannover.

Die Frage ist also nicht:

Was haben Sie eigentlich gegen die EXPO 2000?, sondern:

„Was macht Ihr gegen die EXPO 2000?“ – Wir hoffen auf eure solidarische Unterstützung !!!

Klage für ein KiTa-Gesetz:

HANNOVER. Nachdem die Landesregierung das Volksbegehren Kindertagesstättengesetz für unzulässig erklärte, haben die InitiatorenInnen im April Klage am Staatsgerichtshof in Bückeburg eingereicht. In einem ausführlichen Gutachten widerlegt Prof. Dr. Horst Dreier (Uni Würzburg) die Vorwürfe der Landesregierung, die zur rechtlichen Unzulässigkeit führten. Insbesondere der Vorwurf der Auswirkungen des Volksbegehrens auf den Landeshaushalt und das Budgetrecht des Landtags erweisen sich als nicht tragfähig. Dreier: "Auch der kommunale Finanzausgleich, allgemeine Rückwirkungen auf den Haushalt und die Verschuldungsgrenze des Art. 71 NV lassen sich schließlich nicht aktivieren, um die Unzulässigkeit des Volksbegehrens Kindertagesstättengesetz zu begründen."

„Pro kommunale Sparkasse“ vor Erfolg: DRESDEN. Offenbar kurz vor dem Erfolg steht das Volksbegehren „Pro kommunale Sparkasse“ in Sachsen. Einen Monat vor Ende der Eintragungsfrist haben sich bereits mehr als 400.000 Bürgerinnen und Bürger in die Unterschriftenlisten eingetragen. Das Begehr will die regionalen Sparkassen erhalten. Die Landesregierung plant, die 22 öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute mit der Landes- und der Aufbaubank zur sogenannten „Sachsenbank“ zusammenzuschließen.

Kommunen ins Internet: BONN. Kommunen müssten rund um die Uhr ihre Dienstleistungen verfügbar machen, fordert Franz-Reinhard Habbel vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Derzeit seien knapp 2.000 der rund 15.000 Städte und Gemeinden Deutschlands im Internet vertreten, die meisten allerdings lediglich mit „Schaufesten“. Nötig seien aber verstärkt „Behördenshops“ im Internet, das erspare langes Warten auf den Fluren. Etwa zehn Prozent der Kommunen am Netz stellten bereits interaktive Formulare ins Netz, schätzt Habbel.

Köln – Die verkauftete Stadt heißt der Titel einer Veranstaltung am 10. Mai gegen die Privatisierungspolitik in Köln. Dazu referieren: Petra May (ehem. Aufsichtsratsmitglied der Abfall-Verwertungs-Gesellschaft), Dr. Werner Rügheimer (Publizist), Saral Sarkar (Netzwerk gegen Konzernherrschaft und neoliberale Politik) und Dirk Manten (Gewerkschaftssekretär der ÖTV Köln). Auf der Veranstaltung sollen bisherige Privatisierungen bewertet und zukünftige vorgestellt werden mit ihren Konsequenzen für die EinwohnerInnen. Auch sollen die Privatisierungen eingordnet werden in internationale Zusammenhänge neoliberaler Politik.



„Grend“ steht im Hemd: ESSEN. „Grend ist im Trend“, mit diesen Worten eröffnete im Herbst 1996 die Kultusministerin des Landes NRW, Frau Ilse Brusis, das Grend-Kulturzentrum. Mit der Aktion „Grend steht im Hemd“ protestieren die Betroffenen gegen die Mittelkürzungen. Mit ca. 70.000 Besuchern und knapp 700 Veranstaltungen unterschiedlichster Art pro Jahr hat sich das Grend zu einem nicht mehr wegzudenkenden kulturellen Zentrum entwickelt. Trotzdem wurde pro Jahr der städt. Zuschuss in Höhe von 320.000 DM um jeweils 2% gekürzt, bis Ende 1999 hatte das Grend insgesamt 40.000 DM weniger an Mitteln zur Verfügung – bei steigenden Kosten auf allen Ebenen sowie bei einem völlig unzureichenden Personalstamm. Seit Beginn des Jahres 2000 ist der städt. Finanzierungsanteil nun auch nicht mehr vertraglich gesichert, da die Betreiber nicht bereit waren, den von der Stadt Essen vorgelegten und auf der gekürzten Grundlage von 1999 basierenden Vertrag zu unterschreiben.

Senioren ins Containerlager? MÜNCHEN. Weil das Altenheim „Luise-Kieselbach-Haus“ renoviert werden muss, wird ein Ausweichquartier gesucht. Die CSU beantragte im Bezirksausschuss Haidhausen/Au doch tatsächlich, dass für 2,5 Jahre die Senioren in die städtische Gemeinschaftsunterkunft um die Ecke ziehen sollten. Die Grünen kontraten mit einem Gegenantrag: Das Containerlager für Flüchtlinge darf nicht als Ausweichquartier in Betracht gezogen werden. „Es ist schon peinlich, Flüchtlinge nur in Containerlagern unterbringen zu können, jetzt auch noch zum Teil pflegebedürftige Menschen in einer Notunterkunft deponieren zu wollen, setzt diese Peinlichkeit in einem bisher nicht bekannten Ausmaß fort. Außerdem liegt der Schluss nahe, dass hier unsere Senioren in Kürze als Argument benutzt werden sollen, die Flüchtlinge in der Orleansstraße schneller in eine von Krieg und Not unbewohnbar gemachte „Heimat“ zurückzutreiben.“. Der Bezirksausschuss beschloss schließlich mit 7 CSU-Gegenstimmen, dass das Containerlager nicht als Ausweichquartier für das Altenheim zur Verfügung steht.

Zusammenstellung: baf

Gewerkschaftsinitiativen fordern:

Beschäftigungs- förderungsgesetz auslaufen lassen!

Rissener Erklärung der Betriebsräte der Versandhandelsbranche zum Beschäftigungsförderungsgesetz

Das Beschäftigungsförderungsgesetz war die erste große Deregulierungmaßnahme der Kohl-Regierung. Mit dem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz wurden befristete Arbeitsverhältnisse ohne sachlichen Grund zugelassen.

Befristungen ohne sachlichen Grund sind unwürdige Befristungen: die Betroffenen befinden sich in einer ständigen Probezeit. Sie wissen nicht, ob sie weiterbeschäftigt werden und akzeptieren deshalb in der Regel auch die zweite und dritte Befristung aus Sorge, andernfalls gar nicht weiterbeschäftigt zu werden.

Bei Streiks fragen sie sich, ob die Teilnahme am Streik – ein Grundrecht – vielleicht doch dazu führen könnte, dass ihr Arbeitsverhältnis mit der Befristung ausläuft. Bei untertariflicher Bezahlung fragen sie sich vielfach, ob ihre Forderung nach tarifgerechter Entlohnung, tarifgerechtem Urlaubsgeld, tarifgerechtem Urlaub dazu führt, dass ich Arbeitsverhältnis mit der Befristung endet.

Die rot-grüne Bundesregierung hat die Chance, durch bloßes Untätigbleiben diesen Zustand zu beenden:

Das Beschäftigungsförderungsgesetz endet am 31.12.2000. Wir Betriebsräte des Versandhandels haben unschöne Erfahrungen mit Befristungen nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz sammeln können. Wir wollen unbefristete Arbeitsverhältnisse, in denen die Menschen selbstbewusst für ihre Interessen eintreten und abgesichert ihre Arbeit machen können.

Befristungen sollen künftig nur mit sachlichem Grund möglich sein, zum Beispiel Erziehungsurlaubsvertretung, ein zeitlich befristetes Sonderprojekt und anderes mehr. Wir erwarten von der rot-grünen Bundesregierung und vom Bundestagsabgeordneten Olaf Scholz, in dessen Wahlkreis diese Erklärung verabschiedet wurde, dass am Januar 2001 Schluss ist mit den unwürdigen Bedingungen.

Initiative des IG-Metall-Vertrauens- körpers von Porsche Zuffenhausen

Appell an die Bundesregierung den § 1 in den Absätzen 1-4 des Beschäftigungsförderungsgesetzes ersatzlos zum 31. Dezember 2000 auslaufen zu lassen. Zu Hd.

1. bundesweites Treffen der Arbeitsgruppe Tarifpolitik

am Samstag, dem 20. Mai im Saalbau Frankfurt-Bockenheim (direkt an der U-Bahn-Haltestelle); Beginn 10 Uhr/Ende gegen 16 Uhr

Anmeldungen sind bis spätestens 15.5.2000

an Tom Adler,
Baumreute 56a,
70199 Stuttgart,
Tel. 0711-606457

oder Bernd Rixinger,
Eierstr. 95,
70199 Stuttgart,
Tel. 07116498305 oder
E-mail: elsrixeierstr@t-online.de
zu richten.

Mit kollegialen Grüßen
Arbeitsausschuss

<http://www.labournet.de/GewLinke/ag-tarpol.html>

Arbeitsminister Walter Riester – Artikel 1, § 1 des Beschäftigungsförderungsgesetzes regelt abweichend von den Rechtsprechungsgrundsätzen über die Notwendigkeit eines „sachlichen Grundes“ die begründungslose Zulassung befristeter Arbeitsverträge. Die betreffenden Absätze 1 – 4 gelten bis zum Dezember 2000 (s. Kittner, Arbeits- und Sozialordnung).

Die von der Kohlregierung durchgesetzte Änderung des Gesetzes erlaubt den Unternehmern Neueinstellungen mit einer Befristung bis zu zwei Jahren vorzunehmen oder sie insgesamt dreimal bis zu dieser Gesamtdauer zu verlängern.

Wir sprechen uns, auf Grund der im Betrieb gemachten Erfahrungen, entschieden gegen diese gesetzliche Möglichkeit aus. Befristeten ist die Grundlage für eine mittelfristige Lebensplanung entzogen und in den Betrieben werden sie durch ihre prekäre Situation von der effektiven Wahrnehmung ihrer Rechte abgehalten.

Gegenüber den Unbefristeten werden sie benutzt, um den Leistungsdruck zu erhöhen. Die tariflichen Probezeiten werden ausgehebelt. Arbeitsplätze werden bei Bedarf mit immer neuen Befristeten besetzt. Schließlich dient der Einsatz von Befristeten dazu, eventuell anvisierten Arbeitsplatzabbau unmerklich und widerstandslos umzusetzen.

Deshalb muss dieser Teil des Gesetzes ersetztlos wegfallen!

<http://www.labournet.de/diskussion/wipo/befrist-nein.html>

Schwierige Tarifsituation im öffentlichen Dienst

Arbeitgeber rufen Schlichtung an

Nach der dritten Verhandlungsrounde hat die Arbeitgeberseite die Schlichtung angerufen. Das mag zum einen überraschen, wenn man an die Tarifrunden vergangener Jahre zurück denkt. Für die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst stand es jedoch bereits Ende April fest: Entweder es kommt am 5. Mai ein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch oder es geht in die Schlichtung. Denn nur wenn jetzt das Schlichtungsverfahren beginnt, besteht eine Chance, vor den beginnenden Sommerferien Urabstimmung und Streik zu organisieren. Aus diesem Grund fanden auch in der vergangenen Woche Warnstreiks statt: es sollte der erforderliche Druck auf die Arbeitgeberseite ausgeübt werden, überhaupt ein Angebot vorzulegen.

An den Warnstreiks beteiligten sich 100.000 Beschäftigte – für die kurze Vorbereitungszeit eine gute Beteiligung, für ein verhandlungsfähiges Angebot offensichtlich noch zu wenige.

Das Angebot

Über die Forderungen der ÖTV als Tariführerin haben wir in PB 3/2000 ausführlich berichtet. Wir führen sie hier nochmals kurz auf, um demgegenüber das Arbeitgeberangebot zu dokumentieren:

- Erhöhung der Einkommen inkl. der Vergütungen für Auszubildende, Krankenpflegeschüler, Praktikanten ab 1. Juni 2000 um 1% um ab 1. Juni 2001 um 1,3%; Laufzeit bis 31. März 2002; die Zuwendung (Weihnachtsgeld) bleibt bis zu diesem Zeitpunkt eingefroren (Forderungslage: Gesamtvolume 5%, Laufzeit

12 Monate, Weihnachtsgeld wieder 100% (derzeit 89,25%)

- „Bund, TdL und VKA sind bereit, über eine weitere Anpassung der Tarif Ost unter Berücksichtigung der allgemeinen Lohn- und Wirtschaftsentwicklung zu verhandeln“ (1) (Forderungslage: Angleichung Ost an West, Stufenplan, überschaubare zeitliche Perspektive)

Unter der Überschrift Beschäftigungssicherung „bieten“ die Arbeitgeber folgendes an:

- Beibehaltung „des gegenwärtig hohen Niveaus“ neu eingestellter Auszubildender (konkrete Zahlen bleiben die Arbeitgeber allerdings schuldig, also reine Behauptung)

- Keine Verlängerung der Übernahmedauer von Auszubildenden nach bestandener Abschlussprüfung von 6 auf 12 Monate

- Verlängerung der Geltungsdauer des Beschäftigungsförderungsgesetzes (wird von der ÖTV abgelehnt, da eine bessere tarifliche Regelung besteht)

- Anpassung des Tarifvertrages zur Altersteilzeit an die gesetzlichen Regelungen

Die Reaktion

Die ÖTV (ebenso die DAG) lehnte dieses Angebot einstimmig ab und erklärte die Verhandlungen für gescheitert. Insbesondere die ersten beiden Punkte des Angebotes, die prozentuale Einkommenserhöhung wie auch die Angleichung Ost sind dreist und unakzeptabel.

Beim Einkommen will Schily offensichtlich das wieder reinholen, was er meint beim letzten Mal zuviel gewährt zu



Was warnstreikende Menschen so alles machen (I): Ein Bademeister posiert in Freiburg auf berufsspezifische Weise. Bild: ap



Was warnstreikende Menschen so alles machen (II): In Erfurt blockieren Mitarbeiter mit ihren Füßen Straßenbahnschienen. Bild: ap



Was demonstrierende Menschen so alles machen (III): Ein Polizist protestiert in Potsdam für mehr Lohn. Bild: ap

Nicht ohne Sympathie:

Pressebilder mit Originalunterschriften aus der Augsburger Allgemeinen Zeitung

„Die ÖTV kann ihre privilegierten und ihre benachteiligten Mitglieder nicht mehr unter einen Tarifvertrag bringen“ – So lautet die Unterüberschrift im Berliner Tagesspiegel vom 9.5. Auch wenn der Autor gegen einen möglichen Streik in diesem Sommer polemisiert, so spricht er ein Problem an, das in der ÖTV nicht bzw. nur indirekt diskutiert wird. Wir haben in dieser Zeitung bereits mehrfach über die Tarifflucht im öffentlichen Dienst berichtet. Inzwischen betrifft dies nicht nur das Tarifgebiet Ost, sondern auch den Westen, und es sind nicht nur private und gemeinnützige Arbeitgeber, sondern auch öffentliche, die aus dem Flächentarif aussteigen. Wenn früher über Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst die Rede war, so waren davon direkt oder indirekt bis zu 7 Millionen Beschäftigte betroffen, jetzt redet man von 3,1 Millionen. Was könnte besser ausdrücken, wie durchlöchert und ausgefranzt der Flächentarif BAT (Angestellte) bzw. BMT/G (Arbeiter) bereits ist. Für die Beschäftigten, die sich noch in diesem ö.D.-Tarif, „kartell“ befinden, stellt sich die Lage sehr differenziert dar. Grundsätzlich gilt: Alle schauen nach draußen, orientieren sich an der Privatwirtschaft. Aber was sie dort im Vergleich zu ihren Arbeitsbedingungen sehen, ist sehr unterschiedlich. Die einen sehen die besser bezahlten Jobs z.B. im IT-Bereich, als (mittleres) Management, selbst Sekretärinnen blicken neidvoll auf die Gehälter, die sog. Chefassistentinnen draußen erhalten.

Die anderen jedoch, und ihre Zahl hat in

den vergangenen Jahren ständig zugenommen, sehen dort die schlecht bezahlten Jobs im Dienstleistungsbereich: Reinigen, Reparieren, Callcenter, Fahrer im Personennahverkehr, Stadtreinigung u.a.m. Hierzu sind die Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst vergleichsweise paradiesisch: relativ geregelte Arbeitszeiten, einigermaßen auskömmlicher Verdienst, tariflicher Urlaub und Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld. Auch wenn sich diese Bedingungen verschlechtert haben, so scheint der Verbleib im öffentlichen Dienst ein eigenes Ziel, das ggf. auch mit geringeren Tarifen „gekauft“ wird. Nur so kann man sich erklären, warum z.B. niedrigere Tarifverträge von den Gewerkschaften akzeptiert werden müssen, die erheblich niedrigere Einkommen und auch verlängerte Arbeitszeiten beinhalten.

Dies alles weiß auch Schily. Sein Ziel scheint es zu sein, den trotz allem noch ungeheuer großen Tarifblock ö.D. aufzubrechen. Er versucht dies am Thema Angleichung des Tarifgebietes Ost an West. Wenn es ihm gelingt, den Osten in dieser Tarifrunde abzuhängen, ist ihm mehr als das gelungen. Dies wird die Tariflandschaft ändern, weil die Argumente, die er anführt (Steueraufkommen, Wirtschaftswachstum), dann für jede andere Region genauso ins Feld geführt werden können. Das zumindest weiß die ÖTV auch, und deshalb will sie hier auch nicht einfach nachgeben. Wie sie der ganzen Entwicklung aber Einhalt gebieten kann, das weiß sie im Moment noch nicht.

(har)

haben. Der letztjährige Abschluss (3,1%) sei zu üppig gewesen, das müsse jetzt korrigiert werden. Dabei soll der Tarifbereich Ost gleich 6 Nullmonate (seit 1.1.2000), der Tarifbereich West 2 Nullmonate (seit 1.4.2000) hinnehmen. Angesichts der Abschlüsse von Metall und Chemie ist die Erwartungshaltung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst jedoch nicht unter die 2%-Marke zu drücken.

Besonders unverschämt ist jedoch das „Angebot“ zur Tarifangleichung Ost. Bereits bei der ersten Verhandlungsrunde haben die Wortführer der Arbeitgeberseite vertreten, dass man nicht über Angleichung, sondern über Rückführung der Tarife sprechen müsste. Während Schily von 75% redete, meinte der TdL-Sprecher Milbrandt gar, dass 60% Tarifanpassung das richtige sei.

Die jetzige Formulierung und die während der Verhandlungen gemachten Äußerungen laufen darauf hinaus, dass erst in 15-30 Jahren weiter über Tarifangleichung verhandelt werden kann, nämlich bei Vorliegen folgender Kriterien: „- wenn die Steuerkraft Ost 90 Prozent des Westniveaus erreicht hat, - wenn das Wirtschaftswachstum Ost deutlich über West liegt, - wenn die Effektivverdienste in den

Wirtschaftsbereichen Ost wieder steigen“ (2).

Wie weiter

Während der Schlichtung herrscht Friedensplicht. Darauf haben die Arbeitgeber als erstes hingewiesen. Offensichtlich haben ihnen die Warnstreiks nicht gefallen. Schlichter sind der frühere Leipziger Oberbürgermeister Lehmann-Grube (stimmberechtigt) für die Arbeitgeber und Koschnick für die Gewerkschaften.

Die Schlichtungskommission tritt am 15.5. erstmals zusammen. Sie besteht aus 20 Mitglieder, wovon 19 stimmberechtigt sind.

Nach spätestens vier Wochen muss ein Schlichtungsergebnis vorliegen. Das ist der 6. Juni. Die Schlichtungskommission hat für ihren Schlichtungsversuch 6 Werktagen Zeit, danach muss eine Empfehlung vorliegen. Reicht diese Zeit nicht aus, kann durch einstimmigen Beschluss die Frist um 6 Werktagen verlängert werden.

Über die Schlichtungsempfehlung werden wieder Tarifverhandlungen aufgenommen. Führen sie zu keiner Einigung, sind die Tarifverhandlungen endgültig gescheitert – es folgt die Urabstimmung über Streik.

Arbeitgeber wollen das Asylrecht begrenzen. – HB, Dienstag, 25.4.2000. – BDA-Präsident D. Hundt beklagt, 95% der Asylsuchenden seien Wirtschaftsflüchtlinge und fordert, den individuellen Asylanspruch durch staatliche Garantie auf Asyl zu ersetzen. So könne man Missbrauch leichter entgegenwirken. Weiter fordert er gesetzliche Begrenzung der Zuwanderung, um die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft und den Zugang der Ausländer zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

BDI: Unbürokratische Anwerbung ausländischer Computerfachleute.

– Statt der geforderten Ausbildungsnachweise der Bewerber solle ein Mindestgehalt von 100 TDM/Jahr stehen, so BDI-Präsident H.-O. Henkel. Die Unternehmen könnten selbst beurteilen, ob die künftigen Mitarbeiter ihren Anforderungen entsprechen, und man könne so auch den Befürchtungen der Gewerkschaften entgegentreten, wonach Fachleute aus Indien hier zu Dumpinglöhnen beschäftigt würden. Kritisch sieht Henkel die vorgesehene Erteilung von befristeten Arbeitsgenehmigungen. Man sei mit Befristungen weniger attraktiv bei diesen Anwerbungsversuchen als andere Länder. Weiter kritisierte er die CDU/CSU, das Thema Green Card zu benutzen, um Emotionen zu schüren, wie Rüttgers mit dem Motto: „Ausbildung statt Einwanderung“. Es gehe nicht um „statt, sondern um sowohl als auch“. Die konservativen politischen Kräfte müssten erkennen, dass die deutsche Wirtschaft im globalen Wettbewerb sich solche Töne nicht leisten könne.

BDA-Präsident Hundt fordert Nachbesetzungen der Unternehmenssteuerreform.

– HB, Mittwoch, 26.4.2000. – Die Bundesregierung müsse die günstige wirtschaftliche Ausgangslage jetzt mit steuerlichen Nachbesserungen für die Wirtschaft stabilisieren, so Hundt.

Haustarifvertrag bei Randstad.

– HB, Dienstag, 2.5.2000. – DAG und ÖTV haben erstmals in der Branche Zeitarbeitsfirmen beim Marktführer Randstad einen Haustarifvertrag abgeschlossen für die über 25 000 Beschäftigten. Der Vertrag hat 3jährige Laufzeit und sieht eine Erhöhung der Basisvergütungen um bis zu 7% vor. Ca. 300 000 Beschäftigte umfasst die Branche. Viele kleine Verleihfirmen sind gegen einen Branchentarifvertrag. Hauptgeschäftsführer des Branchenverbandes BZA, G. Denkhaus, sieht im Vertrag von Randstad ein positives Zeichen für mehr Sozialpartnerschaft.

Presseauswertung: rst

Der Parteivorstand der PDS hat für den 14. und 15. Oktober einen Parteitag nach Cottbus einberufen, um einen neuen

Parteivorstand, Parteivorsitzenden und seine/ihre Stellvertreter zu wählen. Diesen Beschluss fasste der Vorstand, nachdem einige Tage zuvor Lothar Bisky zu einem Treffen die PDS-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ost und die direkt gewählten Mitglieder des PDS-Bundesvorstandes, die Sprecher des Parteirates sowie den Fraktionsvorstand eingeladen hatte. Mag sein, dass diese Einladung pragmatisch zu betrachten ist, aber dass die westlichen Landesvorsitze in keiner Weise einbezogen waren, ist nicht richtig.

Die PDS Berlin führt am 20. Mai einen Landesparteitag durch. Zwei Themen liegen an: Im ersten Teil des Parteitags geht es um „Die Berliner PDS nach dem Münsteraner Parteitag“. Die Landesvorsitzende Petra Pau, die als eine der möglichen Kandidatinnen für die Bisky-Nachfolge gehandelt wird, wird ein längeres Eingangsreferat zu diesem Thema vortragen. (Als andere mögliche Kandidatin wird die Thüringer Landesvorsitzende Gabi Zimmer genannt, dem Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch werden inzwischen wenig Chancen eingeräumt, da er zu polarisierend, zu wenig integrierend auftritt und außerdem männlich.) Der Antrag des Landesvorstandes zu diesem Punkt „Neue Fragen brauchen neue Antworten. Politische Erklärung der Berliner PDS“ vermeidet jede Kritik an den Beschlüssen des Münsteraner Parteitages, auch in der Frage der UN-Kriegseinsätze.

Zweiter großer Tagesordnungspunkt ist der Kampf gegen rechts: Unter der Überschrift „Entwicklung des Rechts-extremismus in der Stadt und antifaschistische Gegenstrategien“ soll diskutiert werden, wie die PDS auf das zunehmend provokative Auftreten von NPD und anderen Rechtsextremisten in der Stadt reagieren soll. *rül*

Gerhard Branstner hatte in einem Artikel im Neuen Deutschland Lothar Bisky und Gregor Gysi beleidigt. Michael Brie hatte mit einem Ausschlussantrag Erfolg. Die Schiedskommission des Berliner Landesverbandes beschloss einen Ausschluss.

Die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpek äußerte sich dazu in der *Jungen Welt*: „Die Entscheidung der Berliner Landeschiedskommission, Gerhard Branstner auszuschließen, ist falsch und empörend. Sowohl das Tempo des Verfahrens wie die Entscheidung selbst riechen für mich sehr nach „Revanche“ für eine verlorene Parteitagsauseinandersetzung. Ich habe kein Verständnis für Diffamierungen, für Einschüchterungs- und Ausgrenzungsversuche, schon gar nicht für

solche Ausschlüsse ... Gerhard Branstner sollte vor die Bundesschiedskommission gehen. Ich bin gerne bereit, ihn dabei auch zu unterstützen. Unter einer Bedingung: Er sollte seinen Stil korrigieren. Politische Differenzen müssen sachlich ausgetragen werden und dürfen nicht in persönliche Beleidigungen ausarten. Branstners Argument, als Satire sei so was erlaubt, überzeugt mich nicht. Schließlich hat er seinen Artikel nicht auf einer Kleinkunstbühne vorgetragen, sondern für jeden erkennbar in einem innerparteilichen Richtungsstreit.“

Nach dem unsäglichen Auftritt der Hamburger studentischen Liste Links auf dem PDS-Parteitag – sie stellt neben dem Hamburger Arbeitsausschuss und der Landeschiedskommission auch die Delegierten – spitzt sich die Lage im Landesverband weiter zu. Mitglieder von Kreisorganisationen und der Kommunistischen Plattform versuchen per Einberufung einer Mitgliederversammlung die Ablösung des – kürzlich erst gewählten – Arbeitsausschusses. Einige der Beteiligten rund um das Regionalbüro der Bundestagsgruppe zweifeln jedoch von vornherein daran, dass die dafür notwendigen (ca. 40) Unterstützungsunterschriften aufzutreiben sind und sammeln Unterschriften unter einen Brief, mit dem die „AnhängerInnen der Liste Links“ zum Verlassen der PDS aufgefordert werden – ein Verfahren, das auf die administrative „Lösung“ des Ausschlusses oder Auflösung des Landesverbandes zielt. Problematisch ist aber auch der erstgenannte Weg, weil Inhalte dabei überhaupt keine Rolle spielen und weil vor allem im Dunkeln bleibt, wie die Hauptaufgabe des nächsten Jahres, die Vorbereitung der Bürgerschaftswahlen, angegangen werden soll. Gegenwärtig liegt die PDS laut einer Umfrage in Hamburg bei 3% und damit vor der Gruppe „Regenbogen“, einer Linksabspaltung der GAL, die zur Zeit noch mit vier Abgeordneten in der Bürgerschaft und mit einer Reihe von Abgeordneten in den Bezirksversammlungen vertreten ist. Die Liste Links hat für die PDS bisher eine Zusammenarbeit mit Regenbogen bei den Bürgerschaftswahlen abgelehnt, die von anderen Kräften in der PDS und auch von Regenbogen eher angestrebt wird. – In dieser Situation haben sich Mitglieder und Sympathisanten verschiedener Strömungen und aus verschiedenen Kreisverbänden und AGs (u.a. der AG Frieden, der AG BWK, dem Kreisaktiv Mitte und der Kreisorganisation Nord) zu einem „Linken Dialog“ zusammengeschlossen, um die inhaltliche Arbeit, den Meinungsaustausch und die Meinungsbildung zu fördern und gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln. In den nächsten Monaten sollen gut vorbereitete Diskussionsrunden und Veranstaltungen mit den Schwerpunkten so-

ziale Polarisierung / Sozialabbau / Arbeitslosigkeit/wirtschaftliche Umstrukturierung, Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik, staatliche Aufrüstung und Ausgrenzungspolitik sowie Antifaschismus durchgeführt und eine Richtungsentscheidung im Hinblick auf die Bürgerschaftswahlen angestrebt werden.

scc

Hans Modrow gab dem ND am 5. Mai ein Interview über die Lage der PDS. Wir bringen einige Auszüge:

„Wie steht es überhaupt um die innerparteiliche Kommunikation?“

Nach meiner Einschätzung eine der größten Schwächen in der PDS. Da ist beispielsweise das ND, das Leser- und damit Basis- oder Wählerbriefen großen Raum einräumt und damit öffentlich überschaubar die Debatte widerspiegelt, viel weiter als der Vorstand der PDS. Genau das ist es, was Kommunikation ausmacht. Aufgabe des Vorstandes wäre es, gründlicher mit den darin aufgeworfenen Fragen umzugehen.

Und wie?

Wir hätten doch gerade jetzt in Vorbereitung des Parteitages die besten Möglichkeiten. Wir brauchen jetzt eine sehr basisbezogene Debatte. Basis ist nicht nur die Zusammenkunft der Mitglieder und Sympathisanten – wir haben doch die Basiskonferenzen im regionalen Bereich, wo Gedanken wie Erfahrungen ausgetauscht werden können und nicht nur Anleitungen von oben nach unten transportiert werden müssen. Das könnte bis zu Beginn des Sommers stattfinden und bei denjenigen, die kandidieren – und ich sage noch einmal, es geht bei weitem nicht nur um zwei Personalentscheidungen – dazu beitragen, das Verständnis für die sogenannte Basis zu schärfen, und der wiederum helfen, sich über Inhalte, Konzepte und Personen ein Bild zu machen. Nach solcher Diskussion ist es auch einfacher, Delegierte für den Parteitag zu wählen. Man weiß dann, wofür der jeweilige Delegierte steht.“

Die PDS Baden-Württemberg berät über Landtagswahl. Am 25. März 2001 wird der neue Landtag gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme, mit der er in seinem Wahlkreis (insgesamt 70) den Abgeordneten bestimmt – weitere Mandate gibt's als Ausgleichs- und Überhangmandate. Das Wahlverfahren macht die Sache nicht einfach: Die PDS hat mit ihrer Mitgliederstruktur (derzeit etwas über 400, konzentriert in den größeren Städten) kaum die Chance, in allen Wahlkreisen zu kandidieren. Dazu kommt, dass (andres als in NRW) pro Wahlkreis 150 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden müssen. Am 27. Mai trifft sich eine Arbeitsgruppe, die die Entscheidung für den Landesparteitag am 22. Juli vorbereiten soll. *alk*

Zusammenstellung: jöd

Aufbauarbeit der Hadep-Bürgermeister

„Die Probleme der Stadt Diyarbakir sind zu groß. Nur in Zusammenarbeit von Bevölkerung, Stadtverwaltung und staatlichen Stellen kann man versuchen, die Probleme zu lösen.“ So beschreibt der Bürgermeister von Diyarbakir, Ferdinand Celik, die Situation. Die Bevölkerung der kurdischen Städte hat in den letzten 15 Jahren explosionsartig zugenommen. Ursache waren im wesentlichen die Dorfzerstörungen und Zwangsvertreibungen, mit denen das türkische Militär die kurdische Befreiungsbewegung treffen wollte. Jahrzehntelang wurde nichts investiert. Die Lösungsmöglichkeiten für die Bürgermeister der kurdischen Partei Hadep sind sehr beschränkt. Finanzielle Mittel fehlen und die staatliche Repression ist allgegenwärtig. Die Kommunen haben keine eigenen Gelder in der Türkei. Diese werden ihnen über eine Staatsbank zugeteilt.

Der 15jährige Krieg hat die Türkei an den Rande des Ruins gebracht. Mehr als 50 Prozent des Staatshaushaltes hat in diesen Jahren der staatliche Repressionsapparat und das Militär geschluckt. Wenn Investitionen erfolgten, dann im Westen der Türkei, nicht im Kriegsgebiet, den kurdischen Provinzen. Dort wurden höchstens militärische Anlagen gebaut. Der Krieg hat jahrelang die Inflation hochgetrieben, die Gebrauchsgüter wurden mit Sondersteuern belegt. Im April kostete bspw. ein Liter Superbenzin in Diyarbakir knapp eine Millionen türkische Lira, das sind umgerechnet drei Mark.

39 Bürgermeister stellte die Hadep nach den Wahlen vor gut einem Jahr. Drei von ihnen wurden gleich nach der Wahl suspendiert. Große Demonstrationen und weltweite Proteste gab es, als die Bürgermeister von Diyarbakir, Siirt und Bingöl verhaftet wurden. Ihnen soll der Prozess wegen „Unterstützung der PKK“ gemacht werden. Die Bürgermeister hatten die Schritte für Frieden und Demokratie begrüßt. Die tagelangen Proteste brachten sie wieder frei. Ein großer Demonstrationszug holte sie am Gefängnis ab und geleitete sie zum Rathaus von Diyarbakir. Der türkische Innenminister sah sich gezwungen, ihre Amtsent-



hebung zurückzunehmen.

Aus Karlsruhe besuchten wir Ende April in Diyarbakir den Gewerkschaftsdachverband KESK und die Lehrergewerkschaft Egitim Sen sowie den Hadep-Bürgermeister von Çarikli, Sefik Türk. In dieser Ausgabe wollen wir über die begonnene Aufbauarbeit in Diyarbakir berichten.

(rub)

Diyarbakir hat sich von einer Stadt mit ca. 300.000 Einwohnern vor 1985 zu einer Millionenstadt entwickelt. Keiner weiß genau, sind es 1,5 Mio. oder mehr. Die Stadt hat sich über den Kern der Stadtmauer mehr und mehr ausgedehnt.

Große Slumgebiete entstanden, ohne Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Unser Eindruck war, dass in den letzten Jahren die Armut, die Zahl der Straßenzelker weiter zugenommen hat.

In einer Broschüre „Diyarbakir Buletten“ ziehen die zehn Bürgermeister der Region Diyarbakir eine Bilanz ihrer bisherigen einjährigen Arbeit. Gleichzeitig versuchen sie so, ihrer Arbeit Transparenz zu verleihen.

Den größten Raum nimmt die Lösung des Wasser- und Abwasserproblems ein. Bisher werden die Abwasser ungeklärt in den Tigris geleitet. Mit sechs Großprojekten soll das Problem

angegangen werden. Bis Ende Februar 2001 wird ein Stadtteil eine Wasseraufbereitungsanlage erhalten. Diese Anlage wird in Zusammenarbeit mit der GTZ durchgeführt; die GTZ hat 39,5 Mio. DM für das Projekt bereitgestellt.

Bis Ende 2001 sollen sechs Kläranlagen fertiggestellt sein. Dafür betragen die Kosten 64 Mio. DM, die mit einem Kredit von der Europäischen Investitionsbank mit einer Laufzeit von 25 Jahren finanziert werden. Ausgeschrieben wurde der Bau von Kanalisationsanlagen und die Regenwasseraufbereitung für drei Stadtteile, wofür ebenfalls ein langfristiger Kredit bei der Europäischen Investitionsbank beantragt wurde. Der Baubeginn soll in diesem Monat liegen. Für ein weiteres Stadtteil wurde für Kanalisationsbauten ein Kredit bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau beantragt.

Die Stadtverwaltung hat sich zum Ziel gesetzt, dass noch in diesem Jahr die Felder mit sauberem Wasser gegossen werden und nicht mehr mit dem Kanalisationswasser der Stadt. Damit soll einer der Krankheitsherde verschwinden.

Eine Untersuchung des Tigriswassers ergab, dass die einzige große Fabrik Diyarbakirs, eine staatliche Alkoholproduktion, ihre Abwasser ungeklärt einleitet. Ebenso stellte die Überprüfung fest, dass die Medizinische Fakultät der Universität Diyarbakir chemische und medikamentöse Abfälle in den Fluss kippt. Das staatliche Umweltamt musste rasche Abhilfe versprechen.

Große Anstrengungen werden unternommen, dass Leben in der Stadt zu verbessern. Innerhalb nur eines Jahres wurden 210000 Bäume und Sträucher gepflanzt, die bestehenden Parkanlagen gereinigt und neu begrünt sowie zehn neue Anlagen gebaut. Eine der Durchgangsstraßen hatte sich zum Kleinbusbahnhof für die Verbindung in die umliegenden Kleinstädte und Dörfer entwickelt. Die Stadtverwaltung baute einen Platz zu einem Kleinbusbahnhof um.





Vor einem Jahr war 70 Prozent des städtischen Fuhrparks funktionsunfähig. In den Außenbezirken wurde der Müll auf der Strasse verbrannt. Als erstes wurden die Müllfahrzeuge repariert und die Müllabfuhr geregelt aufgenommen. Jetzt im März konnte die Straßenreinigung wieder aufgenommen werden.

Der städtische Wirtschaftskontrolldienst wurde reorganisiert und neu geschult. Es wurde mit regelmäßigen Kontrollen der Lebensmittel begonnen.

Um ein wenig der Armut entgegenzuwirken, hat die Stadt eine Brotfabrik ge-

baut, die ab April täglich 60.000 Brote preiswert in die armen Stadtteile liefert. Auch das kommunale Gesundheitszentrum wurde ausgebaut. In den letzten drei Monaten wurden dort 8.785 Leute umsonst behandelt.

Um die zahllosen Probleme der Bevölkerung zu bewältigen, wurden städtische Beratungsstellen eingerichtet. Im letzten halben Jahr kamen über 2.000 Menschen in die Beratungsstellen. Daraufhin führte die Stadtverwaltung in 14 Stadtteilen Bürgerversammlungen durch. Es wurden Stadtteilkommissionen gebildet, die zu-

sammen mit der Stadtverwaltung dringliche Probleme zu lösen versucht.

Die Hadep-Bürgermeister beteiligten sich gegen den Willen der türkischen Behörden an internationalen Kommunalkonferenzen. Eine davon fand auf Einladung von Ferdun Celik in Diyarbakir statt. Ein Ergebnis davon ist, dass bei der Unesco beantragt wurde, dass die Altstadt und die mehrere tausend Jahre alte Stadtmauer als Weltkulturerbe anerkannt wird. Erste Renovierungsarbeiten an der Stadtmauer sind zu sehen. Es soll mit Unterstützung von Bürgermeistern verschiedenster Länder erreicht werden, ein Sanierungsprogramm für die langsam zerfallende Altstadt und die Stadtmauer erarbeitet werden.

Nach jahrelangem Stillstand sind die Versuche der Hadep unverkennbar, den Menschen Hoffnung zu geben und ihre Lebensumstände zu verbessern. Eine Lösung der Probleme ist aber solange nicht in Sicht, bis die Sondergesetze und Kriegsinstitutionen aufgelöst werden, um einen Wiederaufbau des Landes und eine Entfaltung demokratischer Zustände zu ermöglichen.

Dokumentiert:

Beschlüsse des 7. Kongresses der PKK

Kaum in der kurdischen Bevölkerung – weder in Kurdistan noch im Exil – aber doch bei ihren Unterstützern oder sie kritisch Beobachtenden ist strittig, ob die von der PKK seit geraumer Zeit vertretene Politik der Zivilisierung des Kampfes in der Türkischen Republik irgendwelche Erfolgsaussichten hat. Von daher ist es von Interesse, die authentischen Positionen kennenzulernen, so dass sich die Öffentlichkeit damit auseinandersetzen kann. Wir dokumentieren daher den folgenden Text.

Der 7. Kongress fasste folgende Beschlüsse:

A) In Bezug auf unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan

Unser Kongress betrachtet den Prozess in Imrali gegen unseren Vorsitzenden, Abdullah Öcalan, als Ursache und Folge der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Anatolien und Mesopotamien. In dieser Hinsicht sind die Bedingungen unseres Vorsitzenden ein Ausdruck der Bedingungen, in denen auch das kurdische Volk leben muss. Sein Lebensrecht ist auch das Lebensrecht des kurdischen Volkes, und seine Freiheit ist auch die Freiheit des kurdischen Volkes. Auf dieser Grundlage kämpft unser Vorsitzender trotz schwieriger Bedingungen für den Frieden. Das Leben und die Freiheit Abdullah Öcalans sind die Voraussetzungen für die Umsetzung und Verwirklichung des vorgelegten Friedensprojektes.

B) In Bezug auf die Verfassung und juristische Bedingungen:

1- Unsere Partei sieht es als einen grundlegenden Schritt an, wenn die nationale Identität des kurdischen Volkes erneut anerkannt wird, wie seine Anerkennung, als Mitbegründer der Republik, in den ersten Verfassungsdokumenten der Türkei im Protokoll von Amasya niedergelegt war. Des Weiteren müssen die staatsbürgerlichen Rechte verfassungsmäßig garantiert und festgeschrieben werden, damit die Völker durch ein freies und selbstbestimmtes Miteinander eine beständige Basis für friedliche Veränderung und eine gesellschaftliche Verständigung bilden.

2- Unserer Partei fordert, dass in der Türkei die Freiheit der Gedanken, des Glaubens, des Ausdrucks und der Organisierung durch eine demokratische und soziale Rechtsreform garantiert werden. Die Struktur des Staates muss sich, frei von undemokratischen Institutionen, in der Verfassung durch eine Vereinbarung manifestieren, die gesellschaftlichen Frieden und Verständigung sicherstellt.

3- Unsere Partei glaubt an die Notwendigkeit, dass eine demokratische Verfassung dem Individuum, den politischen Gruppen, der kulturellen Identität (verschiedner Ethnien, d. Übers.) und unterschiedlichen Glaubensrichtungen die Grundlage für eine organisierte und freie Teilnahmemöglichkeit (am politischen und gesellschaftlichen Leben, d. Übers.) bieten muss. In diesem Sinne sollten Pluralismus und kulturelle Unterschiede

nicht als schwächend, sondern als Bereicherung und Ergänzung angesehen werden.

4- Unsere Partei sieht im Rahmen der universellen Rechtsnormen der generellen Prinzipien von menschlichen Grundrechten und Freiheiten folgende Punkte als Mindestforderung für einen dauerhaften Frieden und Demokratie: Eine Änderung der Verfassung und der Gesetze, die sich auf die kulturelle Identität, Sprache und alle anderen Grundrechte beziehen; die Einhaltung der Pariser Verträge, der Kopenhagener Kriterien und der UN-Charta müssen garantiert werden.

5- Unsere Partei sieht es als notwendig an, alle Institutionen aufzulösen, die im Widerspruch zu allgemeingültigen Rechtsnormen stehen und dem Aufbau von Verwaltung und Politik in zivilen, demokratischen Ländern nicht entsprechen. An deren Stelle steht die Schaffung demokratischer Institutionen.

Dafür müssen:

a) der Ausnahmezustand aufgehoben werden; b) die Sondergerichte aufgelöst werden; c) die Macht der zentralen Autorität aufgeteilt und auf ein örtliches Verwaltungssystem übertragen werden.

C) In Bezug auf die politische Situation

1- Die PKK sieht die Anerkennung der politischen Grenzen in der vorhandenen Form als einen grundlegenden Vorteil für das türkische und kurdische Volk an, da sie seit Hunderten von Jahren auf dem-

selben Boden leben und das gleiche Schicksal teilen.

2- Die PKK hält es für unverzichtbar für die umfassende Lösung der Probleme und für den inneren Frieden, dass die Todesstrafe unverzüglich abgeschafft wird. Des weiteren muss eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen erfolgen (einschließlich der wegen Gedankenvergehen verurteilten), für diejenigen, die politische Arbeit im Ausland leisten und für alle bewaffneten Einheiten in den Bergen.

3- Die PKK hält es für notwendig, dass alle gesellschaftlichen Gruppen für die Bildung einer Grundlage für Frieden und Demokratisierung in die Diskussion mit einbezogen werden, um gemeinsam einen Beitrag zu leisten. Für die Umsetzung des Friedensprozesses ist eine weitere Voraussetzung, dass die politischen Parteien, die zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere die der Arbeiter und Frauen, sowie weitere gesellschaftlichen Schichten, in Kontakt und Dialog treten, um in diesem Rahmen durch gemeinsame Organisierung Aktivitäten zu entfalten.

D) In Bezug auf die ökonomische und soziale Situation:

1- Unsere Partei sieht es als notwendig an, ein Rückkehrprogramm vorzubereiten und umzusetzen und die auf Grund des 15jährigen Krieges zerstörten mehreren tausend Dörfer neu aufzubauen, um der geflüchteten Bevölkerung eine Rückkehr zu ermöglichen. Es wird gefordert, dass der Staat für diesen Zweck finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, um den erlittenen Schaden des Volkes wieder gut zu machen. Die Rückkehr muss ökonomisch, politisch und administrativ unter nationaler und internationaler Beteiligung gefördert werden. Unsere Partei wird dafür ebenfalls alle organisierten Kräfte einsetzen und in jeder Hinsicht unterstützend und mobilisierend mitwirken.

2- Unsere Partei unterstützt Schritte für verantwortungsvolle ökonomische Investitionen und Entwicklungsprojekte, die historische Bauten und die Naturschönheiten mit dem Ziel, die grundlegende ökonomische Situation der Region zu verbessern und den sozialen Wohlstand zu heben. Auf Grund der damit verbundenen schweren Zerstörung besonders der historischen Reichtümer und der Natur, wird die Aussetzung des Baus der Ilisu- und Mercan-Staudämme und die Einstellung der Projekte gefordert.

E) In Bezug auf die Beendigung der Gewalt

Unsere Partei glaubt daran, dass in unserer Epoche für die Lösung gesellschaftlicher und sozialer Fragen die Methode des bewaffneten Kampfes generell an Bedeutung verloren hat. Daher ist es unverzichtbar, die Gewalt in unserem Land zu beenden, um auf zivilisatorischer und menschenwürdiger Grundlage

eine Verständigung und die Atmosphäre für einen Frieden zu entwickeln.

1- Der bewaffnete Kampf wird für beendet erklärt. Die bewaffneten Einheiten werden so lange in Verteidigungsposition gehalten, bis die Voraussetzungen für einen Frieden geschaffen, die gesetzlichen und politischen Veränderungen vorgenommen und die notwendigen Sicherheiten gegeben wurden.

2- Es wurde entschieden, die bewaffneten Einheiten hinter die türkische Grenze zurückzuziehen – das wurde weitgehend umgesetzt. Es wird abermals betont, dass die Türkei ihre Operationen beenden muss, damit die noch in der Türkei verbliebenen Kräfte abgezogen werden können.

3- Die hinter die Grenzen abgezogenen Kräfte stellen keine Bedrohung mehr für die Türkei dar; alle dafür notwendigen Umstrukturierungen werden durchgeführt.

4- Das Dorfschützer-System muss aufgehoben werden, und alle bewaffneten Einheiten, die nicht verfassungsmäßig festgelegt sind, sollen ihre Aktivitäten beenden. Die als „Morde unbekannter Täter“ verübten Tausende von Verbrechen müssen aufgeklärt und die Verantwortlichen bestraft werden.

5- Wenn die gesetzlichen und politischen Garantien gegeben worden sind und die Entwicklung positiv verläuft, ist parallel und organisiert die Eingliederung der gesamten Kräfte in die Demokratische Republik vorgesehen.

6- Unter Berücksichtigung der o.g. Punkte müssen alle militärischen Operationen gegen unsere bewaffneten Einheiten und unser Volk eingestellt werden. Dafür ist es unverzichtbar, dass die in den Kriegszustand versetzten türkischen Armee-Einheiten entsprechend der normalisierten Lage umstrukturiert werden.

7- Während der Kriegsjahre sind in dem Boden, auf dem das kurdische Volk lebt, Hunderttausende von Minen unterschiedlicher Bauweise verlegt worden. Es wird dazu aufgefordert, mit Hilfe türkischer und internationaler Spezialisten diese Minen zu beseitigen, um Menschenleben zu bewahren.

F) In Bezug auf einen dauerhaften Frieden in den kurdischen Regionen:

1- Die PKK sieht für das gesamte kurdische Volk im Irak, im Iran und Syrien eine demokratische Lösung in den vorhandenen Grenzen vor. Falls eine gleichberechtigte, freie und demokratische Lösung realisiert wird, wird das kurdische Volk eine Brückenfunktion und Vorreiterrolle für die Entwicklung des Friedens und der Stabilität in der Region übernehmen.

2- Die PKK strebt an, das größte Hindernis für die Lösung der kurdischen Frage, die Spaltung zwischen den Kurden, zu überwinden. Dafür wurden in einem langen und schwierigen Kampf Werte geschaffen, auf deren Grundlage eine nationale Einheit und Frieden hergestellt

werden sollen. Auf diesem Hintergrund wird das Waffenstillstandsangebot an die KDP hiermit erneuert. Es ist das Ziel, mit der KDP und allen anderen politischen kurdischen Organisationen einen Dialog, einen dauerhaften Frieden und gegenseitige Beziehungen aufzubauen. Es wird dazu aufgefordert, dass alle nationalen Kräfte die für die Einheit und den Frieden unvereinbaren Verhaltensweisen der KDP aufmerksam beobachten und verurteilen.

3- Von den bewaffneten Kräften unserer Partei aus wird es, sowohl im Süden als auch in allen anderen Gebieten, keine Aktionen und Bedrohungen anderen Einheiten gegenüber geben, falls sie nicht angegriffen werden. Bis auf weiteres werden die Kräfte in Verteidigungsposition gehalten.

4- Unsere Partei möchte entsprechend der neuen Strategie nicht nur mit der Türkei, sondern auch mit dem Iran, Syrien und dem Irak die strittigen Fragen mit friedlichen Methoden lösen; das beinhaltet auch die Lösung zwischenstaatlicher Probleme, die generell mit Unterdrückung und Bedrohung nicht gelöst werden können. Die Bedrohung eines Staates gegenüber einem anderen kann nicht akzeptiert werden. Damit verbunden soll der mit der Türkei angestrebte Frieden keine anderen Staaten bedrohen, sondern den dauerhaften Frieden in der Region und die Zusammenarbeit fördern.

G) In Bezug auf die Realisierung des Friedensprojektes:

1- Unsere Partei entwirft parallel im Rahmen des vorgestellten Friedensprojekts detailliertere Pläne für dessen Realisierung. Es ist vorgesehen, dass, auf Gegenseitigkeit beruhend, negative Faktoren für den Friedensprozess bekämpft werden. Dazu gehören primitiver Nationalismus, aggressiver Chauvinismus sowie provokatives und unkonstruktives Verhalten jeder Art.

2- Alle Verhaltensweisen, die den Prozess für Frieden und Verständigung einer Gefährdung aussetzen könnten, müssen auf beiden Seiten verhindert werden.

3- Unsere Partei fordert zur Realisierung des Friedensprojekts den Staat auf, sich seiner Geschichte und Größe entsprechend zu verhalten und Konstruktivität zu zeigen. Des weiteren wird dazu aufgefordert, dass alle staatlichen Institutionen, alle politischen Parteien, Nichtregierungsorganisationen und in der Gesellschaft einflussreiche Persönlichkeiten sich den Medien gegenüber sowie allgemein konstruktiv verhalten und an der Phase aktiv mitwirken.

4- Für die Entwicklung des Friedens rufen wir die Staaten der Region, die internationalen Institutionen und alle Menschen auf, ihren Beitrag zur Unterstützung dieses Friedens zu leisten – im Bewusstsein der Tatsache, dass der Frieden in der Region auch für den Weltfrieden einen positiven und gravierenden Fortschritt bedeutet.

Ein nicht vorgesehener Gedenktag

Am 8. Mai 1945 kapitulierten die Vertreter des deutschen Faschismus bedingungslos vor den Vertretern der Anti-Hitler-Koalition in Berlin-Karlshorst. Der verbrecherische Krieg in Europa war beendet. Er forderte nahezu 55 Millionen Tote, die in 72 direkt oder indirekt einbezogenen Staaten zu betrauern waren. Vier Fünftel der Weltbevölkerung waren vom Kriegsgeschehen betroffen. Allein in der Sowjetunion fielen auf den Schlachtfeldern zehn Millionen Menschen. Weitere zehn Millionen kamen während des faschistischen Raubkrieges um, wurden erschlagen, erschossen oder unter den Trümmern ihres Hauses begraben. Millionen Menschen wurden als Zwangsarbeiter aus Polen, der Sowjetunion und anderen Ländern verschleppt, verhungerten oder wurden in Konzentrationslagern vernichtet. Das polnische Volk hatte mehr als sechs Millionen Tote zu beklagen. In den faschistischen Vernichtungslagern, in denen 18 Millionen zusammen gepfercht wurden, wurden elf Millionen getötet: erschossen, in Gaskammern vernichtet oder totgeprügelt. Sechs Millionen jüdische Menschen kamen auf Transporten und in Konzentrationslagern um. Vom deutschen Volke forderte der Krieg sechs Millionen Tote.

Für die Überlebenden war der 8. Mai zu aller erst das Ende des Krieges. Es war aber auch ein Tag der Befreiung: Der faschistische Koloss war zerschlagen. Der blutigste Krieg der Geschichte zu Ende. Tausende, die die Konzentrationslager, Gefängnisse und Zwangsarbeiterlager verlassen konnten, nahmen diesen Tag als den Tag ihrer Rettung. Bis heute hat sich daran in vielen Ländern Europas nichts geändert. Ob in Russland, Polen, den Niederlanden, Frankreich oder Griechenland: Der 8. Mai ist Gedenktag. Es ist der Tag der Befreiung ihres Landes vom deutschen Besatzungsjoch und Unterdrücken, die großes Leid und schwere Not über sie gebracht hatten.

In der Bundesrepublik Deutschland sucht man vergeblich im Kalender nach dem 8. Mai als Gedenktag. Es gibt in diesem Lande keinen Erinnerungstag 8. Mai.

Diese Zeit kann nicht vergessen werden. Sie kann in der kollektiven Erinnerung eines Volkes nicht nur in Nachrichten auftauchen, die sich auf die Entschädigung von Zwangsarbeitern beziehen, deren Forderungen bis heute nicht erfüllt sind. Nachrichten, die davon sprechen, dass Teile der deutschen Industrie, die hohe Gewinne aus dieser Sklavenarbeit zogen, noch immer nicht ihrer moralischen Verpflichtung nachgekommen sind und in den Entschädigungsfonds eingezahlt haben. Millionen Menschen, die unter diesem Diktat litten, sind inzwischen verstorben und der Rest wartet bis heute vergeblich auf eine milde Entschädigung.

Die Erinnerung an die schwärzeste Zeit kann nicht nur wieder lebendig werden, weil Neonazis in den Straßen deutscher Städte ihre von der Geschichte verdamten Symbole zeigen und rechtsextreme Lösungen rufen. Zunehmende rechtsextreme Aktivitäten sind – für sich genommen – Ausdruck des Versuches, die Geschichte vergessen zu machen. Gedenktage sind eben auch Spiegelbild des Verhältnisses zur eigenen Geschichte. Rechtsextremismus fünfundfünfzig Jahre nach der Zerschlagung der braunen Pest ist ein schlechtes Zeichen für die Gesellschaft, in der er sich entwickelt. Rechtsextreme und fremdenfeindliche Aktivitäten und Anschläge gefährden diese Demokratie. Als Tag der Wiedergeburt Deutschlands wäre er ein Symbol des Schutzes der Demokratie. Und die Demokratie muss geschützt werden vor jenen, die erneut Rassenhass und Fremdenfeindlichkeit aufleben lassen. Die Straße kann den Anhängern der NPD, der DVU und anderen nicht überlassen werden. Dieser Tag kann nicht vergessen werden. Es ist an der Zeit, dass der 8. Mai 1945 als Datum der Befreiung im öffentlichen Denken seinen gebührenden Platz erhält.

Das wiedervereinigte Deutschland kann die Geschichte nicht umgehen. Die Niederlage des deutschen Faschismus war eine Befreiung von Krieg und Elend; sie war keine nationale Demütigung Deutschlands. Sie war die Chance der Wiedergeburt des Humanismus und der Wiedergutmachung. Sie war aber auch das Ende des deutschen Größenwahns und des nationalen Machtstrebens. Sie wirft die Frage auf nach den Ursachen des „Volkes ohne Raum“, des Deutschland von der „Maas bis an die Memel“. Es war nicht nur der Holocaust. Die Verbrechen des Nazi-Regimes gehen darüber hinaus. Es war politische Verfolgung, Mord am jüdischen Volke, Vernichtung auf den Schlachtfeldern, Vernichtung in den Konzentrationslagern, Euthanasie, es war die Hinrichtung von Derserteuren, „rassisch unreinen“ Menschen, Homosexuellen und politischen Gegnern. Das Ende des Krieges bedeutete die Hinwendung zu einem neuen friedlichen Leben, bedeutete die Auseinandersetzung mit der leidvollen Vergangenheit und die Chance der Errichtung eines demokratischen Staates in beiden Teilen Deutschlands, die jeder auf ihre Art versuchten, mit der faschistischen Vergangenheit fertig zu werden.

Antimilitarismus und Ablehnung jeglichen Aggressionskrieges wurde den Generationen, die nach dem Krieg aufwuchsen, mit auf den Weg gegeben: Von Pfarrern, die, weil sie Zwangsarbeitern halfen, ins KZ kamen; von einfachen Hausfrauen, die gefangenen Soldaten ein

Stück Brot zusteckten und dafür ins Gefängnis kamen; von Unternehmern, die jüdischen Menschen halfen, das faschistische Deutschland zu verlassen, von kommunistischen KZ-Häftlingen, die das polnische Kind im KZ Buchenwald vor der SS versteckten; von Menschen wie Franz von Hammerstein, der in Einzelhaft saß, weil seine Brüder am Attentat auf Hitler teilgenommen hatten. Sehr unterschiedliche Menschen sehen im Datum des 8. Mai den Tag ihrer Erlösung, und das auch 55 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. Eine demokratische Gesellschaft hat die Verpflichtung, sich dieser Zeit zu stellen, sich ihrer zu erinnern und in künftigen Generationen das Wissen um diese Zeit zu verankern.

Mehr noch. Eine demokratische Gesellschaft sollte den 8. Mai als einen Gedenktag begehen. Das bedeutet Schutz der Demokratie und Absage an alle Versuche, neonazistischer Wiederbelebung.

Was für eine totale Überraschung für den Redner der PDS, Prof. Heinrich Fink, im Bundestag, als er bei der Begründung des Antrages, den 8. Mai zu einem nationalen Gedenktag zu erklären, auf totale Ablehnung stieß! Betroffen gemacht hat ihn das Nein der Bündnisgrünen, die 1983 bei ihrem Einzug in den Deutschen Bundestag den gleichen Antrag stellten.

Was nimmt es Wunder, wenn die Lösung „Nie wieder darf ein Krieg von deutschem Boden ausgehen“, die in beiden deutschen Staaten tragend war, und im wiedervereinigten Deutschland am 3. Oktober 1990 wiederum offiziell ausgerufen wurde, 1999 vergessen ist, als deutsche Bundeswehrsoldaten sich am NATO-Krieg gegen Jugoslawien beteiligten. Die Geschichte vergessen, verdrängt und zur „Wahrung der Menschenrechte“ und „Verhinderung eines Genozids“ wie der Verteidigungsminister der Bundesrepublik, Schärfing, laut verkündete, kräftig mitgemischt und wie einst Bomben, nur diesmal NATO-Bomben, auf jugoslawische Städte und Menschen geworfen. Kein Wunder, dass viele Serben sich sehr deutlich an die Zeiten der faschistischen Herrschaft auf dem Balkan erinnern.

Dieses Land hat es sehr nötig, sich der Zeit vor dem 8. Mai 1945 zu erinnern und die geschichtliche Bedeutung des Datums selbst zu erkennen. Viele Menschen in der Bundesrepublik fühlen in diesem Sinne. Sie wenden sich gegen die zunehmende Militarisierung der Außenpolitik des Landes. Sie lehnen die neue Strategie der „out of area“ -Einsätze ab. Sie fordern von der Regierung, dass sie alles tut, damit der 8. Mai nicht in Vergessenheit gerät und – je nach Standpunkt und Bewertung der Ereignisse von Faschismus und Krieg – den 8. Mai als Tag der Erinnerung und Mahnung bewahrt.

(abe)

Gegen soziale Ausgrenzung und Abschiebung

Vom 20.4 bis 1.5.2000 fand in Jena ein Flüchtlingskongress mit Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet und mit Referenten aus vier Kontinenten statt. Das Wichtigste: die Veranstaltung war von Flüchtlingen selbst organisiert und bestritten worden. Auch die Idee zu dem Kongress kam von einer Organisation, in der sich Flüchtlinge selbst organisieren, um ihre Interessen politisch aktiv durchzusetzen: von „The Voice“, einer Gruppe afrikanischer Flüchtlinge, die sich in Jena zusammengefunden hat. Mitgetragen wurde der Kongress von der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge“, ebenfalls einer Selbstorganisation der Flüchtlinge, die im vergangenen Jahr einen Protestmarsch durch viele deutsche Städte veranstaltet hatte unter dem Motto „Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme“. In Jena fanden sich nun Flüchtlinge und Mitglieder von Unterstützergruppen aus ganz Europa zusammen, um sowohl grundsätzliche Fragen als auch die Möglichkeit konkreter Aktionen zu diskutieren und das vor allem aus dem Blickwinkel der Flüchtlinge und eingebettet in größere politische Zusammenhänge. Wie schon der Themenschwerpunkt der ersten beiden Tage zeigt: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“, bei dem es vor allem um die Situation in den Herkunftsändern und die Politik des industrialisierten Nordens gegenüber dem „unterentwickelten“ Süden ging.

Hürdenlauf

Es nahmen zeitweise bis zu 400 Flüchtlinge am Kongress teil, dazu noch UnterstützerInnen aus der BRD, aber auch Italien, den Niederlanden, Irland und anderen europäischen Ländern. Die Organisatoren und die Teilnehmer hatten gehofft, dass noch mehr Flüchtlinge kommen. Aber eine berüchtigte „Institution“ des Rechts gegen Flüchtlinge hat dies ganz offensichtlich verhindert: die „Residenzpflicht“, wie sie im beamten-deutsch heißt.

Flüchtlinge dürfen sich grundsätzlich nur in dem Landkreis bzw. Bezirk aufhalten, in dem sie im Lager untergebracht sind. Sie dürfen nur mit Genehmigung der Behörde die Landkreisgrenze überschreiten und sie müssen bei dieser Gelegenheit den genauen Grund angeben. Einzige Ausnahmen: Termine beim Anwalt oder bei Organisationen wie dem UNHCR oder dem Roten Kreuz. Das heißt, selbst Besuche bei Verwandten müssen vorher angemeldet werden. Und ganz problematisch wird es mit politischen Veranstaltungen.

Deshalb fing SAGA relativ frühzeitig damit an, die Flüchtlinge aus dem Raum Südbaden bei der Einholung von Genehmigungen zu unterstützen. Zentrales Ar-



gument gegenüber den Behörden war: der Flüchtlingskongress ist nicht irgend eine politische Veranstaltung, sondern dazu gedacht, dass Flüchtlinge auf ihre Lebenssituation aufmerksam machen können und öffentlich ihre Kritik und ihre Anliegen äußern können.

Außer dem Stadtkreis Freiburg verweigerten die Ausländerämter die Genehmigungen zuerst mal. Wobei in Emendingen der kuriose Fall auftrat, dass der erste Flüchtling eine Genehmigung bekam, denen, die später beantragten, die Genehmigung aber verweigert wurde. Vom sog. „Gleichbehandlungsgrundsatz“ hat diese Behörde offensichtlich auch noch nichts gehört. Es gab Behörden, wie z.B. das Landratsamt Offenburg, das Genehmigungen für Flüchtlinge, egal für welche Fälle, von der Zahlung einer Gebühr abhängig macht. Das sind im Regelfall 15 DM. Nur: in § 10 Ausländergebührenverordnung heißt es, dass den Empfängern von Sozialhilfe keine Gebühren abverlangt werden dürfen. Und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind, so will es der Gesetzgeber, eine besondere Form der Sozialhilfe für Flüchtlinge.

Zu guter Letzt bekamen aber doch noch alle Flüchtlinge die Genehmigung, nachdem mehrere Eilanträge beim Verwaltungsgericht in Freiburg eingegangen waren. Die zuständigen Richter übten auf informellem Weg per Telefon entsprechenden Druck auf die Behörden aus. Allerdings konnte sich das VG Freiburg nicht überwinden, offiziell über die Anträge zu entscheiden. Es spricht vieles dafür, dass die Richter Angst hatten, ein Urteil zu fällen, dass bundesweit als Präzedenzfall dienen könnte.

Ein solcher Präzedenzfall für Jena wäre aber sehr hilfreich gewesen, wie sich dann auf dem Kongress herausstellte: das Innenministerium Brandenburgs hatte im Vorfeld die Ausländerbehörden angewiesen, keine Genehmigungen zu erteilen, in anderen Bundesländern war die Situation ähnlich. Das Verwaltungsgericht Würzburg hatte einen entsprechenden Antrag abgelehnt.

Selbstbefreiung

Der inländische Rechtsweg ist also in Sachen Residenzpflicht, aber auch was andere Bereiche wie Lagerunterbringung, „Fresspäckchen“ oder auch das Problem der

Abschiebung angeht, versperrt. Was bleibt da übrig? Zum einen: das internationale Recht, wie z.B. die Europäische Menschenrechtskonvention und den Menschenrechtsgerichtshof, zu Hilfe zu holen. Oder auch darauf zu verweisen, dass es Regelungen, die mit der Residenzpflicht vergleichbar sind, in keinem europäischen Land existieren. Hier stellt sich aber angesichts der politischen Strategie der BRD die Frage wie lange noch. Wird doch eine „Harmonisierung“ des Ausländer- und Asylrechts angestrebt. Außerdem will die BRD eine Änderung der Genfer Flüchtlingskonvention erreichen, die sie in ihrem Kern aushöhlen würde.

Und die UNO? Schon 1982, im Jahr der Einführung der Residenzpflicht und anderer diskriminierender Strukturen gegen Flüchtlinge, protestierte der UNHCR vehement. Er sagte ganz offen, dass Deutschland Maßnahmen der Diskriminierung und Abschreckung gegen Flüchtlinge einführt, die einzigartig in Europa sind. Gegen jede Verschärfung der Politik gegen Flüchtlinge seither hat der UNHCR protestiert. Die BRD scherte sich nicht darum. Das wird wohl in Zukunft auch so bleiben.

Was dann? Politische Aktionen sind der einzige Weg. Vor allem auch deshalb, weil alles Recht Ergebnis politischer Entscheidungsprozesse ist. Das ist eine der wichtigsten Konsequenzen des Kongresses: Flüchtlinge und UnterstützerInnen werden verstärkt konkrete politische Aktionen starten in allen wichtigen Bereichen: ob es nun um die Residenzpflicht geht, oder die Lebensbedingungen oder auch das Problem Abschiebung und zwar bundesweit koordiniert.

Widerstände

Doch wirksame politische Veränderungen zu erreichen, wird eine harte Arbeit werden. Denn die Bevölkerung heißt die staatliche Politik gegen Flüchtlinge gut, ja wäre bereit noch manche Verschärfung zu „schlucken“. Dies wurde am Fall „Haki“ deutlich. Eine Bremer Antifa-Organisation hatte versucht, die Abschiebung eines 18jährigen zu verhindern, der mit 10 Jahren alleine als Flüchtling in die BRD gekommen war. Sie erhielt Unterstützung vom örtlichen Pastor, der zum Kirchenasyl bereit war gegen den Widerstand der örtlichen Kirchenmitglieder. Kurze Zeit später wurde Haki als „Krimineller“ denunziert, obwohl er nie bestraft worden war (er hatte wegen Ladendiebstählen Verwarnungen erhalten). BILD stilisierte ihn in einem Artikel gar zum Mädchenvergewaltiger. Danach fing ausgerechnet eine Nachbarin Hakis an, Unterschriften für die Abschiebung zu sammeln. Nicht lange zuvor war Haki

noch Gast auf einem Grillfest in ihrem Garten gewesen. Die Aktion war leider sehr erfolgreich. Die Polizei verstand das als Einladung, das Kirchenasyl zu brechen. Haki wurde abgeschoben. Freunde von Haki berichteten auf dem Kongress von der Pogromstimmung, von der sie auch selbst betroffen waren.

Historische Bezüge

Zum Beiprogramm des Kongresses gehörte auch ein Besuch im Konzentrationslager Buchenwald. Es nahmen so viele Leute daran teil, dass die Führung über das Gelände in zwei Gruppen stattfand. Die Begleiterin einer dieser Gruppen berichtete über die Geschichte des Lagers in einem musealen, politisch wie menschlich völlig unengagiertem Stil. Dies löste bei Flüchtlingen Kritik aus. Eine Frau aus Bangladesh wies vehement darauf hin, dass bestimmte Diskriminierungsstrukturen, die die Nazis gegenüber den Verfolgten anwandten, sich heute in vergleichbarer Form wieder in der Lebenssituation von Flüchtlingen finden. Sie hat recht.

Der Verlauf des politischen Prozesses der z.B. zur Judenvernichtung führte, lässt sich in drei Phasen aufteilen: Diskriminierung, soziale Ausgrenzung und Isolation, Vernichtung. Diskriminierung findet schon in weitestgehendem Maße statt: das Existenzminimum von Flüchtlingen liegt – gesetzlich abgesichert – bis zu 60% unter dem Niveau der deutschen Sozialhilfeempfänger. Der Rechtsschutz für Flüchtlinge ist weitgehend beseitigt. Isolierung findet statt durch Lagerunterbringung, Residenzpflicht, Verhinderung der Integration oder auch in brutaler Art und Weise durch eine Form der Quasi-Abtriebshaft, wie sie Niedersachsen praktiziert. Flüchtlinge werden in Camps in entlegenen Gegenden untergebracht. Sie erhalten nur Lebensmittel und ein Dach über dem Kopf, aber keinen Pfennig Taschengeld und keine neuen Kleider. Es sind Menschen, die z.B. keine Papiere haben oder aus Angst vor Folter und Tod in ihrem Heimatland sich von diesen Behörden keine Reisedokumente holen wollen. Nach Ansicht des deutschen Gesetzes, verhindern sie damit schulhaft ihre Abschiebung und sollen daher durch diese Art der Behandlung dazu gezwungen werden, doch („freiwillig“) zu gehen. Der neue § 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes erlaubt den Behörden, so vorzugehen. Ein afrikanischer Flüchtling, der in einer solchen niedersächsischen „Einrichtung“ leben muss, berichtete von seinen Erfahrungen.

Aktionsbasis: Menschenrechte

Vor diesem Hintergrund der Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen wird es (überlebens-)wichtig, für die Einhaltung von Menschenrechten zu kämpfen. Deshalb wurde auf dem Kongress auch eine Deklaration über die Rechte der Flüchtlinge verabschiedet.

Auf dem „Frauentag“ des Kongresses,

der sich besonders mit der Situation von Frauen in ihren Herkunftsändern auf der Flucht beschäftigte, wurde gefordert, frauenspezifische Fluchtgründe auch im deutschen Recht endlich als Asylgründe anzuerkennen, wie das z.B. in den USA schon der Fall ist.

Der Kongress hat aber auch deutlich gemacht: wenn es nicht gelingt, eine politische Gegenstrategie gegen das politische und ökonomische System zu entwickeln, wird es auch bald nichts mehr nutzen, sich auf Menschenrechte zu befreuen. Dieses System betrachtet alles unter der strikten Maxime von Kosten, Nutzen und Profit – ob es nun ganze Länder des Südens sind oder der einzelne Mensch, egal in welchem Land der Welt. Und auch die Menschenrechte existieren und wirken nur, soweit sie politisch gewollt sind. Das bestehende System sieht sie aber als lästige Hindernisse. Es gibt also viel zu tun.

Eigentlich gehört auch die Vernetzung des „Flüchtlingsbereichs“ mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, die betroffen sind, dazu. Zuvor muss aber die (Selbst-)Organisation der Flüchtlinge noch weiter ausgebaut werden. Der Kongress war ein wichtiger Schritt dazu. Und für die einzelnen Flüchtlinge war sicherlich die Erfahrung wichtig, dass sie doch nicht isoliert und ohnmächtig sind; dass sie selbst etwas tun können, auch wenn es noch so schwierig ist. (sas)

Ein nützliches Lexikon

Helmut Volger, pensionierter Studiendirektor in Berlin, beschäftigte sich schon lange mit der Idee, ein „Lexikon der Vereinten Nationen“ zu schaffen. Wusste er doch aus eigener beruflicher Erfahrung, dass ein solches, alle Fragen der UN und ihrer Organisationen beantwortend, vor allem im studentischen und praktischen Alltag fehlte. Immer dann, wenn jemand zu einem bestimmten UN-Thema – von Abrüstung über Menschenrechte bis Zollunion – etwas suchte, musste er in Bibliotheken zahlreiche Bücher oder Hunderte von Artikeln durchforsten.

Seit Beginn des Jahres gibt es ein solches Lexikon. Herausgeber ist Helmut Volger, der 85 Autoren um sich scharte, die innerhalb von zwei Jahren 168 autonome Beiträge verfassten. Sechzehn Artikel stammen allein aus der Feder des Herausgebers. Volger will das Lexikon nicht als Nachschlagewerk verstanden wissen, sondern eher als eine enzyklopädisches Werk, als „Sammlung kritischer Bestandsaufnahmen verbunden mit Reformvorschlägen“, so in seinen einleitenden Bemerkungen. Volger selbst schreibt sowohl über die Entstehungsgeschichte der Vereinten Nationen als auch über die Geschichte der UN. Er erläutert die Rolle des Generalsekretärs und die Aufgaben der Haupt-, Neben- und Vertragsorgane der UN.

Über die UNESCO und die UN-Sonderorganisationen schreibt der Professor an der FU Berlin Dr. Klaus Müfner. Auch das UN-System und die UNO, die Universität der Vereinten Nationen in Tokio ist sein Untersuchungsgegenstand.

Über Menschenrechte, Menschenrechtskommission und die zahlreichen Menschenrechtskonventionen referieren sowohl Prof. Dr. Eckart Klein, Potsdam, Prof. Dr. Martina Haedrich, Jena, PD Dr. Volker Betz, Hamburg u.a. Experten.

Für den Herausgeber war es von vornherein selbstverständlich auch Politiker, Diplomaten und Wissenschaftler aus der ehemaligen DDR als sachkundige Autoren einzuladen. So konnte u.a. Dr. Bernhard Neugebauer, der jahrelang als Botschafter bei der UN in New York und in Genf tätig war, in seinem Beitrag über die „DDR, UN-Politik“ darauf verweisen, dass mit der gleichzeitigen Mitgliedschaft von DDR und BRD (18. Sept. 1973) beide Staaten „gleichgestellt“ wurden. Er bestätigt u.a., dass es sowohl „Defizite in der Menschenrechtspolitik der DDR“ gab, als auch die Tatsache, dass „trotz der Gegnerschaft ... beide deutschen Staaten auf Gedeih und Verderb miteinander verkettet“ waren.

Dr. Hans Arnold, auch ein Ex-Botschafter in UN-Institutionen, beschreibt nüchtern und kritisch, dass es das politische Ziel der BRD in der UNO war, „die Aufnahme der DDR in UN-Organisationen zu verhindern“. Der pensionierte BRD-Botschafter resümiert: „Insgesamt hatte der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik deren Bewegungsspielraum innerhalb der UNO eingeschränkt.“ (S. 72) Arnold kommt in Bezug auf die NATO-Aggression im Kosovo zu der bemerkenswerten Feststellung, dass damit von UN-Mitgliedern „das mit der UN-Charta gesetzte Völkerrecht“ verletzt wurde.

Dr. Günther Altenburg, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt beschreibt den „UN-Platz in Bonn“ und die „Genergruppe“. In Genf finden jeweils im Frühjahr Treffen zu UN-Sonderorganisationen statt.

Wer immer weitere Informationen braucht, kann auch das UN-Informationsangebot im Internet (www.un.org) anklicken.

Kofi Annan, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, schrieb das Vorwort für das Lexikon. Er bezeichnete das Buch als „... eine willkommene Ergänzung der wissenschaftlichen Untersuchungen und politischen Analysen, die sich mit den Vereinten Nationen, ihrer komplexen Zielsetzung nach dem Kalten Krieg und ihre immer umfassendere Rolle im kommenden Jahrtausend beschäftigen“. Das Lexikon verspricht weltweite Aufmerksamkeit, zumal wenn es recht bald in UN-Sprachen übersetzt wird.

Franz-Karl Hitze
Helmut Volger (Hrsg.) *Lexikon der Vereinten Nationen*, Oldenbourg Verlag München, 775 Seiten, Preis 98 DM, ISBN 3-486-24795-6

14. Mai: Landtagswahlen in NRW

20. Mai: Fachtagung in Rostock: *Rechtsextremismus – reiner Männerwahn?*
VeranstalterInnen: AGLisa, AG Rechtsextremismus / Antifaschismus der PDS und AK feministische Politik der PDS-Bundestagsfraktion

21. Mai, Büren: Bundesweite Demonstration „Weg mit allen Abschiebeknästen“. Büren (Autobahnkreuz A33/A44 Wünnenberg/Haaren) ist der größte Abschiebeknast in Europa. Infotelefon: 05251/690574

27./28. Mai, München: 8. isw-forum zum Thema: *Kapitalismus im XXI. Jahrhundert. Entwicklungslinien der politischen Ökonomie des Kapitals*. Mit ReferentInnen aus USA, Kuba, Japan, China und Deutschland. Cuba: Globalisierung und Staat (Referat: Mitarbeiter des „Forschungszentrums Weltwirtschaft“, Havanna); USA: Boom ohne Ende? (Referat: Prof. Richard D. Wolff, Department of Economics, University of Massachusetts); Japan: Von der „Herausforderung“ zur „Gefahr“ für die Weltwirtschaft; China: „Langer Marsch“ zum Sozialismus oder Übergang zum Kapitalismus? (Referat: Mitarbeiter/in des „Forschungszentrums für die gegenwärtige Welt“, Peking); Verbrechen Wirtschaft – Moderner Kapitalismus als höchstes Stadium der organisierten Kriminalität (Referat: Conrad Schuhler, Mitarbeiter des isw e.V.) Eintritt pro Tag: 10,- DM, beide Tage: 16,- DM, StudentInnen, Arbeitslose, SchülerInne je die Hälfte. Veranstalter: Institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V. Veranstaltungsort: München, Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr. 64, Beginn jeweils 10 Uhr

26. Mai: Nordatlantische Versammlung, Frühjahrs-Tagung in Budapest.

31. Mai: Deutscher Katholikentag in Hamburg

31. Mai bis 4. Juni: *Gesundheitstag 2000* in Berlin. Adresse: Gesundheitstag 2000, Sarrazinstr. 3, 12159 Berlin, fax: 030 / 85 99 97 78, Email: ich.mache.mit@gesundheitstag.de

1. Juni: EXPO 2000 in Hannover (bis 31.10.), zahlreiche Gegenaktionen

6. Juni: Westeuropäische Union

6. bis 12. Juni: *Internationale Luftfahrtausstellung (ILA)* in Berlin Schönefeld und *Gegenaktivitäten von Friedensgruppen*. (Ausstellungsprogramm siehe <http://www.ila-berlin.de>) Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, Tel.: 030/615005-30, Fax: 030/61500529. E-Mail: info@kampagne.de Internet: <http://www.kampagne.de>

9. Juni: *Hauptversammlung der Deutschen Bank*, Festhalle Frankfurt mit *Aktionen der Kritischen Aktionäre*. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischeaktionare.de>

9. Juni: Brüssel: Demonstration mit anschließendem Symposium der Europäischen Märsche zum Thema „*Europaweite Mindeststandards für Einkommen*“ – anlässlich des Gipfeltreffens des europäischen Unternehmerverbandes UNICE

17. Juni: *Politische Ökonomie heute*, 2. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr in der DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

19. Juni: Porto, Portugal: *Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes – anlässlich des EU-Gipfels*. Die Europäischen Märsche werden daran teilnehmen.

25. Juni: Genf: *Demonstration der sozialen Bewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen und Gewerkschaften anlässlich des UN-Sozialgipfels*. Sechs Monate nach Seattle, drei Monate nach Washington geht der Kampf gegen WTO und weltweite Deregulierung weiter.

27. bis 30. Juli: *Linke Sommerschule*. Näheres zu Ort und Themen später.

5-7. September: Seminar der Bundesakademie für Sicherheitspolitik zum Thema: *Deutschland und „seine neuen Minderheiten“ im Licht innen- und außenpolitischer Veränderungen*. Ort: Bonn

ADRESSE AUFKLEBER

Internationale Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Osterweiterung der Europäischen Union – die soziale Dimension

16.-17. Juni 2000

Kongresszentrum Weißenseer Weg 52, 13052 Berlin

Anmeldung

Dr. Hilde Ettinger

Tel: 030-29781152

Fax: 030-29784222

E-Mail: ettinger@rosa-luxemburg.org



Freitag 16. Juni 2000

14.00 Uhr: *Begrüßung und Eröffnung*, Dr. Evelin Wittich, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Rosa-Luxemburg-Stiftung

14.30 Uhr: *Der Beginn einer neuen Etappe – Zum Stand der EU-Osterweiterung*, Günter Verheugen, EU-Kommissar, Brüssel (angefragt)

Die Osterweiterung der EU – Die Sicht der Linken im Europäischen Parlament, Francis Wurtz, MEP, Vorsitzender der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordisch Grün-Linke im EP

Die EU-Osterweiterung als Aufgabe der Politik – eine sozialwissenschaftliche Perspektive, Dr. Lutz Schrader, Institut Frieden und Demokratie, Fernuniversität Hagen

17.00 Uhr: *Die Transformationsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Staaten im Lichte der Vorbereitung auf den EU-Beitritt*

Vorträge und Diskussion:

Der Transformationsprozess in Tschechien im Lichte der Vorbereitung auf den EU-Beitritt, Dr. Miloslav Ransdorf, Stellvertretender Vorsitzender der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens

Ungarn auf dem Weg in die EU, N.N., Vertreter der Ungarischen Sozialistischen Partei

Sonnabend 17. Juni 2000

9.00 Uhr: *Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der erweiterten EU*

Vorträge und Diskussion:

Entwicklung von Regionalkonzepten und Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe – eine entscheidende alternative Konzeption linker Europapolitik, Prof. Dr. Christa Luft, MdB, Wirtschaftswissenschaftlerin, Berlin

Wirtschafts-, struktur- und beschäftigungspolitische Fragen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Polens, Dr. Włodzimierz Dymarski, Universität Poznan

11.00 Uhr: *Wie ist das komplizierte Problem der gemeinsamen Agrarpolitik im Rahmen der erweiterten EU arbeitsmarktpolitisch und sozial verträglich zu lösen?*, Dr. Hans Watzek, Agrarwissenschaftler, Berlin

14.00 Uhr: *Europäische Sozialunion und Europäische Sozialcharta – Garantien für ein Europa der sozialen Gerechtigkeit?*

Vorträge und Diskussion

Ist eine Europäische Sozialunion eine Illusion oder ein notwendiges Prinzip der Demokratie-Entwicklung in Europa?, Birgit Daiber, EU-Referentin, Berlin

Chancengleichheit für Frauen in einer erweiterten EU – Aufgabe linker Politik, Marianne Eriksson, Schweden, MdEP, Ausschuss für Frauenrechte und Chancengleichheit im EP

16.30 Uhr: *Europäische Regionalpolitik*

Vorträge und Diskussion

Grenzüberschreitende Regionalisierung als Basis europäischer Integration, Dr. Helmut Markov, Berlin, MdEP, Ausschuss für Regionalpolitik im EP

Lehren aus der Süderweiterung der EU für die gegenwärtige Osterweiterung, Prof. Dr. Miren Etxezarreta, Universität Barcelona

18.30 Uhr: Schlussbemerkungen und Ende der Konferenz

